Angola vor den Wahlen



AFRIKA SÜD



02 EDITORIAL: WAHLEN IN ANGOLA: DIE ELITE WIRD NERVÖS

04 TROTZ RÜCKTRITTS WOHL KEIN ENDE DES „SYSTEMS DOS SANTOS" IN SICHT
Nach 38 Jahren an der Macht tritt Präsident José Eduardo dos Santos ab. Mit seinem designierten Nachfolger João Lourenço wird sich wenig ändern, ahnt **Jon Schubert**.

07 DER 27. MAI 1977 UND DAS KLIMA DER ANGST IN ANGOLA
Am 27. Mai 1977 spitzte sich ein politischer Machtkampf in der MPLA in dramatischer Weise zu. **Peter Meyns** erinnert an ein dunkles Kapitel Angolas und seine Folgen.

11 EIN WANDEL TUT NOT
Seit der Unabhängigkeit wird Angola von einer politischen Partei regiert, die entweder direkt oder durch Assoziation ihre politische Hegemonie behauptet hat. **Filomeno Vieira Lopes** beleuchtet die verschiedenen Bündnismöglichkeiten und Strategien einer geschwächten Opposition.

14 WAHLEN IM ZEICHEN DER ANGST
Emanuel Matondo und **Lothar Berger** erläutern die Vorgaben des Wahlkampfs, welche Parteien am 23. August zur Wahl stehen, wie es um den Zugang zu den Medien bestellt ist und warum die EU keine Wahlbeobachter schickt.

16 DER UNMUT WÄCHST
Die Stimmung vor den Wahlen ist aufgeheizt: Die Opposition wirft der Regierung Manipulation vor und die Jugend fordert das Regime heraus. **Antonio Cascais** berichtet.

18 RAPPEN GEGEN DAS REGIME
Vier Rap-Musiker in Angola: Sie stehen an der Spitze einer unterschätzten Jugendbewegung, die das angolanische Regime langsam aber sicher zu Fall bringen könnte, ist **Emanuel Matondo** überzeugt.

20 DER KAMBWÁ-HUND BRINGT UNS ALLE UM
Auszüge aus „O Kambwá está nos matar" von **Brigadeiro 10 Pacotes**.

21 DER VERTREIBUNG UND DEN FOLGEN DES KLIMAWANDELS SCHUTZLOS AUSGELIEFERT
Der Menschenrechtsaktivist **Padre Jacinto Pio Wacussanga** äußert sich zum Stand der Zwangsvertreibungen und über die Folgen des Klimawandels im Süden Angolas. Die Fragen stellten **Emanuel Matondo** und **Lothar Berger**.

24 ENDE DER ÖL-BONANZA
Angolas Finanzkrise und die Auswirkungen des Ölpreisverfalls erklärt **Alves da Rocha**.

27 GELEGENHEIT MACHT DIEBE
Angolas Renten-Ökonomie ist in den globalisierten Kapitalismus eingebunden. Die Strukturen, die dabei zum Verschwindenlassen des größten Teils der Beute verführen, durchleuchtet **David Sogge**.

31 ZUR SCHAU GESTELLTER LUXUS
Eine 500.000-US-Dollar Luxusuhr, ersteigert vom jüngsten Präsidentensohn. Den angolanischen Netzaktivisten entgehen solche Eskapaden der Präsidentenfamilie nicht, schreibt **Emanuel Matondo**.

32 ANGOLA MISCHT IM KONGO MIT
Die DR Kongo wird auch für Angolas neuen Präsidenten höchste außenpolitische Priorität genießen. **Alex Vines** erklärt die Hintergründe.

34 VON GESUND KAUM DIE REDE
Der Streit um Zahlen und Statistiken über die hohe Kindersterblichkeitsrate kann über das Scheitern der Regierung im Gesundheitssektor nicht hinwegtäuschen, meint **Emanuel Matondo.**

37 WEGWEISENDES URTEIL
Das angolanische Verfassungsgericht hat das restriktive NRO-Gesetz gekippt, weil es gegen die Verfassung des Landes verstößt. **Emanuel Matondo** berichtet.

38 FANTASTISCH UND DOCH WAHR
Der Autor **José Eduardo Agualusa** ist eine der meistbeachteten Stimmen der angolanischen Zivilgesellschaft. **Michael Kegler** stellt sein neustes Buch vor.

IMPRESSUM:
afrika süd-Dossier „Angola vor den Wahlen", Bonn, August 2017

Redaktion:
Emanuel Matondo, Koordinator der Angola-Runde, und Lothar Berger (v.i.S.d.P.)

Herausgeber:
informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)
in Kooperation mit der Angola-Runde
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
Tel.: 0228-464 369
E-Mail: info@issa-bonn.org

Titelbild:
Am 16. Juni 2017 feierte die Menschenrechtsorganisation Omunga in Lobito ihr elfjähriges Bestehen. Foto: Omunga

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des BMZ sowie von BROT FÜR DIE WELT und MISEREOR.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Brot für die Welt

MISEREOR

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den weiteren Förderorganisationen wieder.

Wahlen in Angola: Die Elite wird nervös

Angolas bekannter Karikaturist Sérgio Piçarra bringt es mal wieder auf den Punkt: Da schauen drei Oppositionsvertreter bedröppelt auf das Werk der Regierungspartei: „Hey Leute, geben wir doch zu: Sie haben viel mehr geleistet als wir." Was da in Trümmern liegt, ist das grandiose Werk „der einzigen Partei, die Arbeiten in Auftrag gibt": Katastrophale Bildung und Gesundheit, mangelndes oder kein Trinkwasser und Strom, verbreitete Korruption, komplette Straflosigkeit.

Nach 38 Jahren an der Macht tritt Präsident José Eduardo dos Santos ab. Er hinterlässt ein Land, das wegen seines Rohstoffreichtums zu einem der blühenden Länder des südlichen Afrika hätte werden können. Doch viel zu lange hat die Regierung allein auf die sprudelnden Öleinnahmen gebaut – lange genug, um ein raffiniertes Patronage- und Plündernetzwerk zu errichten, mit dem der Reichtum außer Landes gebracht wurde. Investitionen in die Infrastruktur und vor allem den sozialen Sektor versanden im Sumpf von Bürokratie und Korruption. Vor allem auf dem Lande fehlt es an dem Nötigsten, im Süden sind eine Millionen Menschen wegen anhaltender Dürre vom Hungertod bedroht. Nun ist auch die Öl-Bonanza vorbei: Nach dem Ölpreisverfall 2014 mussten die Staatsausgaben drastisch nach unten korrigiert werden: Angolas Finanzsystem steht vor dem Kollaps. Die Elite wird nervös.

Am 23. August 2017 wird ein neues Parlament und ein neuer Präsident gewählt. Der designierte neue Präsident João Lourenço, ein blasser Parteifunktionär, der seine Loyalität zu dos Santos trotz Erniedrigungen unter Beweis gestellt hat, tritt ein schweres Erbe an. Gemäßigte Kräfte innerhalb der MPLA, die interne Opposition, könnten ihre Chance wittern, doch mächtige und einflussreiche Generäle und Vertraute des bisherigen Präsidenten werden mit Zähnen und Klauen ihre Pfründe verteidigen. Die Oppositionsparteien werden gegen die Übermacht der MPLA, die sämtliche Massenmedien des Landes unter ihrer Kontrolle hat, kaum eine Chance haben. Eine Mehrheit zumindest in der Cabinda-Provinz wäre schon ein Erfolg.

Wären da nicht die mutigen und warnenden Stimmern von Menschenrechtsaktivisten, die trotz Morddrohungen die staatliche Repression anprangern, und wären da nicht die unerschrockenen Protestaktionen der städtischen Jugend, die MPLA könnte sich im Vertrauen auf ihren in Jahrzehnten aufgebauten Sicherheits- und Repressionsapparat genüsslich einrichten. Auch Angolas strategische Partner im Ausland nehmen nicht mehr jede Unverfrorenheit des Regimes in Luanda hin. Bei den letzten Wahlen von 2012 hatte die Europäische Komission den Bericht ihrer Expertenmission zu den Wahlen noch unter Verschluss gehalten, EU-Präsident war damals der Luanda mehr als freundlich gesinnte Durão Barroso. Jetzt kommen aus dem Europa-Parlament deutlichere Töne der Kritik, nachdem Luanda eine Wahlbeobachter-Mission der EU bewusst hintertrieben hat.

Das afrika süd-Dossier „Angola vor den Wahlen" will dazu beitragen zu verstehen, wo dieses großartige Land steht und wohin es steuert.

>> Lothar Berger





Foto: Carsten ten Brink / www.carstentenbrink.com

Trotz Rücktritts wohl kein Ende des „Systems dos Santos“ in Sicht

Nun tritt er also doch ab, Präsident José Eduardo dos Santos, nach 38 Jahren an der Macht. Hatte er Anfang 2016 noch angekündigt, er wolle 2018 das „aktive politische Leben“ hinter sich lassen, so kam dann Ende 2016 die Überraschung, dass der aktuelle Verteidigungsminister, João Lourenço, der Spitzenkandidat der Regierungspartei für die Wahlen im August 2017 sein würde, gefolgt vom Minister für Territorialverwaltung, Bornito de Sousa. Die Ankündigung überraschte, da viele spekulierten, dos Santos werde nochmals als Spitzen- und demnach Präsidentschaftskandidat der MPLA antreten, um erst ein Jahr danach die Zügel an einen Nachfolger seiner Wahl zu übergeben. Möglicherweise hat sein verschlechterter Gesundheitszustand dazu beigetragen, die Transition nun ein Jahr früher durchzuführen. So haben sich die „privaten Besuche“ des Präsidenten in Barcelona, wo er angeblich in einer Privatklinik gegen fortgeschrittenen Prostatakrebs behandelt wird, in diesem Jahr deutlich gehäuft. Möglicherweise war es jedoch auch eine wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Regierungspartei mit der Art und Weise, in der dos Santos und seine Familie die Wirtschaftskrise, die das Land seit Ende 2014 plagt, angingen.

Machtkonzentration in der Krise

In der Tat steht das „Wunder des Wiederaufbaus“, das von den hohen Erdöleinnahmen der letzten zehn Jahre finanzierte Infrastrukturprogramm, auf dem die MPLA seit Kriegsende ihre Machtansprüche basiert, auf tönernen Füßen. Hatte ein Ölpreiseinbruch 2009 das Land schon in eine mittlere Krise gestürzt – Angola musste zum ersten Mal beim Internationalen Währungsfonds IWF einen „standby credit“ beantragen – , so hat der dauerhafte Zusammenfall der Ölpreise seit Herbst 2014 (von ca. 85 US-Dollar auf ca. 35 US-Dollar pro Barrel) die Grenzen des angolanischen Wirtschaftswunders aufgezeigt und sehr deutlich gemacht, dass die Regierung aus der letzten Krise kaum gelernt hat. Das zeigt sich im Bausektor, der nahezu gänzlich zum Stillstand gekommen ist und in dem die größten Firmen ihre ausländischen Fachkräfte entlassen und in ihre Heimatländer zurückschicken mussten, und auch im Bankensektor, der vor drei Jahren noch als „einer der dynamischsten ganz Afrikas“ galt und in dem nun reihenweise „faule Kredite“ ans Licht kommen – Millio-





nenbeträge, die ohne jedwede Sicherheiten an MPLA-Granden ausgeschüttet wurden. Zudem besteht dort ein erhöhtes Klumpenrisiko, da vier der fünf größten kommerziellen Banken direkt oder indirekt von der gleichen Person kontrolliert werden: Präsidententochter Isabel dos Santos.

2016 erließ Präsident dos Santos auch Dekrete, die zunächst einem von Isabel kontrollierten Konsortium die Rehabilitierung der Küstenstraße von Corimba (in Luanda) zuschanzten – notabene mit einem Budget von 567 Millionen US-Dollar – und ihr dann auch die Verantwortung für den großstädtischen Masterplan für die Restrukturierung Luandas, die Ausgleichung des Ölsektors und die Restrukturierung der staatlichen Ölfirma Sonangol erteilten. Letzteres war jedoch nur der vorletzte Schritt in der Ausweitung von Isabel dos Santos' Kontrolle über die Schaltstellen der angolanischen politischen Ökonomie, da der Präsident sie im Juni 2016 auch noch zur Geschäftsführerin von Sonangol ernannte – dies natürlich nur Kraft ihres ausgezeichneten „track record" als Afrikas erfolgreichste Businessfrau. Dass all diese Deals das „Gesetz der öffentlichen Redlichkeit" (Antikorruptionsgesetz) verletzten, schien aber weder die Staatsanwaltschaft noch die Gerichte weiter zu beunruhigen. Trotz Einsprüchen von Oppositionsparteien und Bürgervereinigungen wurde die Ernennung Ende des Jahres vom obersten Gericht bestätigt.

Während die Bevölkerung also seit zwei Jahren unter Devisenknappheit, Importkürzungen und steil ansteigenden Lebensmittelkosten leidet, hat die Familie dos Santos ihren Würgegriff um die lukrativsten und strategischsten Sektoren der Wirtschaft verstärkt, wohl auch um sicherzustellen, dass wer auch immer die politische Nachfolge von dos Santos antritt, wirtschaftlich von den Gnaden seiner Familie abhängig sein wird.

Blasser Nachfolger J-Lo

So wirft denn auch die Kandidatur João Lourenços unter dem Vorzeichen der „Kontinuität im Wandel" mehr Fragen als Antworten auf. Lourenço wurde vor zehn Jahren

WACHSENDE UNZUFRIEDENHEIT, WACHSENDES POLITISCHES BEWUSSTSEIN?

Viele Angolanerinnen und Angolaner sind zunehmend unzufrieden mit dem Diskurs der Stabilität und des Friedens, den die Regierung wie eine Waffe gegen jegliche Kritik ausspielt, da sie die vielbeschworenen „Früchte des Friedens" in ihrem Alltagsleben kaum spüren. „Die Angolaner haben es satt, sie wollen einfach ein normales Leben. Während so vieler Jahre hatten wir ein abnormales Leben (wegen des Krieges), jetzt wollen wir einfach in der Lage sein, einen Kaffee zu trinken, in einem Geschäft Essen zu kaufen und unsere Kinder zur Schule zu schicken." So hört man es auf der Straße. Doch genau diese Art von Normalität ist für viele zunehmend außerhalb ihrer Reichweite; speziell nun, wo die Ölpreiskrise die Preise in die Höhe schießen lässt. Und so wird der wachsende Abgrund zwischen der populistischen Rhetorik der MPLA und der Lebenswirklichkeit der meisten Bürgerinnen und Bürgern überdeutlich.

Der sichtbarste Ausdruck dieser Unzufriedenheit sind die revús (Abk. v. Revolutionäre), die „Angola 15+2"- Aktivisten, die für friedliche Regimeänderung demonstrieren. Diese saßen 2015 monatelang in Haft und wurden dann Anfang 2016 in einem Schauprozess zu hohen Haftstrafen wegen „Angriffs auf die Sicherheit des Staates und Bildung einer kriminellen Vereinigung" verurteilt. Sie wurden wenig später im Zuge einer Generalamnestie freigelassen, da der Prozess für das Image des Regimes eine Katastrophe war.

In den letzten zwei Jahren verbreitet sich die Unzufriedenheit auch unter denen, die bislang als Nutznießer und Unterstützer des Regimes galten, eine etwas besser gestellte städtische Mittelschicht, die den Nachkriegs-Status-Quo bisher akzeptiert hatte. Diese spüren, dass die MPLA ihre ursprünglich verkündeten Werte der Solidarität und sozialen Verbesserung für alle verraten hat und sich nur um die Bereicherung einer kleinen, raubgierigen Elite kümmert. Und sie sind nicht länger bereit, die Augen zu verschließen, wenn die Regierung mit Gewalt Aktivisten unterdrückt, die zum Teil aus ihrer eigenen sozialen Klasse kommen.

Wir können nur spekulieren, ob und wie sich dieses neue politische Bewusstsein in manipulierten Wahlen ausdrücken wird. Was werden die tun, die bisher vom System profitiert haben, wenn der Präsident abtritt? Und auch eine kritischere, gut ausgebildete jüngere Generation fürchtet sich vor einem etwaigen „chaotischen" Regimewechsel und dem Funken, der das Pulverfass der armen Massen entzündet. Allerdings können wir den etwas freieren und offeneren Ausdruck dieser Unzufriedenheit fürs Erste als Zeichen eines zögerlichen politischen Erwachens deuten, in dem Angolanerinnen und Angolaner ihre konkreten politischen Ansprüche auf eine neue, gerechtere soziale und wirtschaftliche Ordnung formulieren.

>> Jon Schubert



Foto: Carsten ten Brink/ www.carstentenbrink.com

schon einmal als potenzieller Nachfolger gehandelt, hatte seine Ambitionen damals aber zu deutlich ausgesprochen und wurde dann von dos Santos in die Wüste geschickt. In der Zwischenzeit hat sich Lourenço aber wohl rehabilitiert und seine Loyalität zu dos Santos unter Beweis gestellt. Im Gegensatz zum jetzigen Vizepräsidenten Manuel Vicente, den dos Santos 2012 gegen den Willen der Partei auf den Anwärterplatz gehievt hatte, genießt Lourenço den Rückhalt der Partei und der Armee. Gegen Vicente, einen ehemaligen CEO von Sonangol und dos Santos' angeheirateten Neffen, wird in Portugal wegen Korruption ermittelt, innerhalb der Partei wird er als Emporkömmling ohne Vorgeschichte als Befreiungskämpfer und Offizier verachtet.

Lourenço gibt sich mit einem Facebook-Konto zwar als volksnah (er wird von Angolanerinnen und Angolanern auf sozialen Medien halb im Scherz als J-Lo gehandelt), doch bleibt er, wie sein politischer Ziehvater, weitestgehend blass und unbeschrieben. Klare – umsetzbare – politische Programmpunkte sucht man, außerhalb von schön klingenden Phrasen, im Wahlkampfmanifest der Partei vergebens. Zudem bleibt dos Santos wohl bis auf Weiteres Präsident der Partei. Man kann also davon ausgehen, dass Lourenço kaum tiefgreifende Reformen (die mithin auch potenziell die Rückgabe von unterschlagenen öffentlichen Geldern bedeuten würden) durchsetzen wird.

MPLA behält Wahlkontrolle

Der Wahlkampfslogan der MPLA heißt heuer „verbessern, was gut ist, korrigieren, was schlecht ist", doch obwohl Lourenço (wieder einmal) der Korruption den Kampf angesagt hat, will niemand in der MPLA aussprechen, was denn unter dos Santos schlecht gelaufen ist und korrigiert werden sollte. Und obwohl sich die stärksten Oppositionsparteien Unita und CASA-CE kämpferisch geben (und auch tatsächlich steigenden Zuspruch bei den desillusionierten jüngeren urbanen Schichten finden), zeigt die Erfahrung der letzten beiden Wahlen, dass das Wahlsystem von der MPLA dominiert wird und auch ohne große Schwierigkeiten manipuliert werden kann.

Dies umso mehr, da der Anwärter auf die Vizepräsidentschaft, Bornito de Sousa, als Minister für Territorialadministration auch die Kontrolle über die Organisation des Wählerregisters und Durchführung der Wahlen hat, anstatt die (zumindest auf Papier) unabhängige Nationale Wahlkommission. So erwarten viele für August erneut die Einschüchterung und Nichtanerkennung von Oppositionswählern im großen Stil sowie erhöhte Alarm- und Unterdrückungsbereitschaft von Seiten der regimetreuen Sicherheitskräfte. Es wird demnach mehr als einen Wechsel der Figur an der Spitze des Landes brauchen, um die Art und Weise, in der die Politik und die Wirtschaft in Angola funktionieren, wirklich zu verändern.

Und doch sind viele Angolanerinnen und Angolaner zunehmend unzufrieden mit der Art, mit der das Land geführt wird, und wie wenig die früheren Öleinnahmen letztendlich konkret ihre Lebensumstände verbessert haben. Viele fühlen, dass das „System dos Santos" die gesamte Gesellschaft korrodiert, soziale Beziehungen zersetzt und korrumpiert und frühere Ideale der Solidarität aus den Zeiten des Sozialismus und des Kriegs verdrängt hat. Wenige, bislang eher lose organisierte Akteure (die „revús") wagen es, diese Kritik offen und öffentlich zu formulieren – und bekommen die volle Gewalt des Systems zu spüren.

Es bleibt zu sehen, ob und wie diese breiteren Hoffnungen auf Wandel und das zaghafte Erwachen eines kritischeren politischen Bewusstseins in den letzten zwei Jahren in einem so einseitig kontrollierten politischen und wirtschaftlichen System wie dem Angolas ihren Ausdruck finden können.

>> Jon Schubert

Der Autor ist Senior Research Fellow am Global Studies Institute der Universität Genf, ehemaliger Forscher am SPP 1448 „Changing Stateness in Africa" des DFG, Mitherausgeber von allegralaboratory.net und Autor des bald erscheinenden „Working the System: A Political Ethnography of the New Angola" (Cornell University Press, Herbst 2017).

Der 27. Mai 1977 und das Klima der Angst in Angola

Im April 2017 wurde eine neue zivilgesellschaftliche Organisation in Angola gegründet. Sie wurde „Handeka" genannt, „Stimme" in der lokalen Nganguela-Sprache. „Das große Problem, mit dem wir hier in Angola leben", sagte einer der Gründer, Marcolino Moco, ehemaliger Premierminister und heute prominenter MPLA-Dissident,„ist die Angst, die die Zivilgesellschaft tagtäglich durchdringt." Handeka will dazu beitragen, dieses Klima der Angst zu überwinden, deren Wurzeln untrennbar mit den Ereignissen des 27. Mai 1977 verbunden sind. Auch 40 Jahre später, am 27. Mai diesen Jahres, gingen Sicherheitskräfte gegen eine friedliche Kundgebung vor. Ein Rückblick auf diese historischen Ereignisse kann verdeutlichen, welche bis in die Gegenwart fortwirkende Bedeutung sie für die damals wie heute herrschende MPLA-Partei und damit für Angola insgesamt haben.

Am 27. Mai 1977 spitzte sich ein politischer Machtkampf in der MPLA in dramatischer Weise zu. Die Parteiführung unter Staatspräsident Agostinho Neto, der zugleich Parteivorsitzender war, hatte zwei Mitglieder der Parteiführung, Nito Alves und José Van Dunem, wenige Tage zuvor wegen Fraktionsbildung aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Dagegen gab es an jenem Tag Massenproteste, an denen Menschen aus Sambizanga und anderen Stadtteilen Luandas sowie auch Teile der Armee, vor allem die 9. Brigade, beteiligt waren. Einige Gefangene, darunter Angehörige der Alves/Van Dunem-Gruppe, wurden aus dem São Paulo-Gefängnis befreit, der nationale Rundfunksender wurde besetzt und das Volk dazu aufgerufen, vor dem Präsidentenpalast zu demonstrieren.

Mit Hilfe kubanischer Verbände konnte die MPLA-Regierung die Protestaktionen in wenigen Stunden auflösen. Sie erklärte, dass es sich um einen Umsturzversuch gehandelt habe – der Tod von sechs hohen Partei- und Militärführern diente ihr dabei als Rechtfertigung – und dass sie mit aller Härte gegen die Putschisten vorgehen werde. Es folgten monatelange Säuberungsaktionen, bei denen überall im Land Menschen, die im Verdacht standen, zu den „nitistas", wie sie genannt wurden, zu gehören, oder die auch nur entfernt mit Verdächtigen in Kontakt standen, festgenommen, in Gefangenenlager gesperrt oder hingerichtet wurden. Auch Alves und Van Dunem wurden gefasst und ohne Gerichtsurteil getötet. Angehörige der bei





dieser Kampagne verschwundenen Menschen erhielten keinerlei Informationen. Schätzungen über die Zahl der Todesopfer der damaligen Säuberungsaktionen reichen von 30.000 (Mateus 2010: 152, vgl. afrika süd, Nr. 6/2015) bis 80.000 (folha8, 8.6.2013). Die MPLA-Regierung hüllt sich bis heute in Schweigen.

Drei konkurrierende Befreiungsbewegungen

Wie konnte es zu diesem Machtkampf in der MPLA und den maßlosen Säuberungsaktionen der MPLA-Regierung gegen alle tatsächlichen oder vermeintlichen Widersacher kommen? Zum einen befand sich Angola, als die Nelkenrevolution in Portugal im April 1974 das Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft einläutete, in einer unübersichtlichen Situation. Im Unterschied zu den anderen portugiesischen Kolonien, in denen nationale Befreiungskriege ausgetragen wurden, war Angola durch mehrere konkurrierende nationalistische Organisationen geprägt: FNLA, MPLA und Unita. Jede dieser drei Bewegungen stützte sich auf eine andere ethnisch-regionale Hochburg im Land, verfolgte ihre eigene politisch-ideologische Ausrichtung, was wiederum dazu führte, dass sie von verschiedenen externen Akteuren, die ihre jeweils eigenen regional- und weltpolitischen Interessen verfolgten, unterstützt wurden. Komplexer konnte die Lage kaum sein, als die neuen Machthaber in Portugal Angola die Unabhängigkeit übertragen wollten.

Der Versuch Portugals, mit allen drei Bewegungen auf der Grundlage des Abkommens von Al vor Anfang 1975 eine Koalitionsregierung zu bilden, um den Übergang zur Unabhängigkeit zu ebnen, scheiterte in kürzester Zeit. Mit ihren jeweiligen externen Verbündeten wollten alle drei militärisch für sich die Oberhand gewinnen, die FNLA mit dem benachbarten Zaire und den USA, die MPLA mit Kuba und der Sowjetunion, die Unita mit dem Apartheidregime Südafrikas. Sieger blieb die MPLA mit der Hilfe kubanischer Einsatztruppen. Ihr Erfolg wurde zudem durch die diplomatische Schwäche der USA nach dem Ende des Vietnam-Kriegs und der weltweiten Isolation des weißen Südafrika begünstigt. Ende 1976 wurde die MPLA-Regierung von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) als rechtmäßige Regierung des unabhängigen Angola anerkannt und hatte sich damit politisch gegen FNLA und Unita durchgesetzt.

Richtungskämpfe in der MPLA

Die MPLA hat die Macht in Angola nicht wegen der eigenen Stärke, sondern wegen der militärischen Intervention Kubas erobert. Sie selbst befand sich, als der Umsturz in Portugal erfolgte, in einer tiefen Krise. Flügelkämpfe innerhalb der Befreiungsbewegungen waren keine Seltenheit. Die MPLA war in besonders starkem Maße davon betroffen. Wie der renommierte Angola-Historiker David Birmingham in seinem Buch „A Short History of Angola“ (2015: 86) feststellte: „Selten waren die politischen Erben in einer afrikanischen Kolonie stärker durch Richtungskämpfe gespalten als die, die in Angola die Zügel der Macht übernahmen.“ Bereits in den Anfängen des Befreiungskampfes zu Beginn der 1960er Jahre hatte die MPLA gegenüber der früher gegründeten und außerhalb des Landes besser vernetzten FNLA einen schweren Stand. Durch Bündnisse mit anderen kleinen Organisationen versuchte der MPLA-Vorsitzende Neto seinen Führungsanspruch zu untermauern, scheiterte aber, als die OAU 1963 die von der FNLA gegründete Exilregierung anerkannte.

Richtungskämpfe innerhalb der MPLA entschied Neto für sich, und es gelang der MPLA in den folgenden Jahren, mit Unterstützung der sozialistischen Länder Kuba und der Sowjetunion von Kongo-Brazzaville und Sambia aus Kampffronten in Cabinda und dem östlichen Angola zu eröffnen, während Zaire die FNLA im Norden Angolas unterstützte und der MPLA Nachschubverbindungen ins Innere des Landes verweigerte.

Anfang der 1970er Jahre erfasste eine erneute schwere Krise die MPLA. Der Kommandant an der wichtigen Ostfront Daniel Chipenda forderte Neto heraus. Sowohl ethnisch-regionale Vorwürfe (Chipenda war Ovimbundu, Neto Mbundu) als auch der autokratische Führungsstil Netos spielten bei dem Aufstand eine Rolle. Auch aus Cabinda kam von einer Gruppe von Intellektuellen Widerstand gegen den absoluten Machtanspruch Agostinho Netos. Die Folge dieser internen Auseinandersetzungen war, dass der Guerillakampf fast zum Stillstand kam. Die Sowjetunion stellte in dieser Phase ihre Militärhilfe für die MPLA zeitweilig ein. In diesem Zustand drohenden Zerfalls befand sich die MPLA, als 1974 die Nelkenrevolution ausbrach und das neue Portugal seine Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen wollte.

Externe Führung und interner Widerstand

Der neue Schauplatz des Unabhängigkeitskampfes war nun die Hauptstadt Luanda, wo die Anfänge der MPLA gewesen waren, zu der die Führung der Bewegung aber jahrelang so gut wie keinen Kontakt gehabt



hatte. Auch die Kampffront im Mbundu-Gebiet östlich von Luanda, wo Nito Alves eine wichtige Rolle gespielt hatte, hatte die MPLA-Führung im Ausland nur sporadisch unterstützen können. Die Nelkenrevolution löste in Luanda bei jungen Intellektuellen und in den Armenvierteln euphorische politische Aktivitäten aus, bei denen – wie in Portugal – auch maoistische Ideen auf fruchtbaren Boden fielen. Für Nito Alves und José Van Dunem, der zum Untergrund in Luanda gehörte und einige Zeit im Gefängnis verbracht hatte, wurden diese Massenbewegung und die auf Stadtteilkomitees beruhenden „poder popular"-Strukturen, die daraus hervorgingen, die Basis ihres populistischen Einflusses. Für die Neto-Führung der MPLA, die 1974 aus dem Ausland in Luanda eintraf, bot diese breite Massenbewegung die Möglichkeit, ihre Schwäche zu überwinden. Sie besaß aber auch eine Eigendynamik, die ihren Machtanspruch gefährden konnte. Es zeigte sich, dass der Widerspruch zwischen externer Führung und internem Widerstand erhebliche Sprengkraft enthielt.

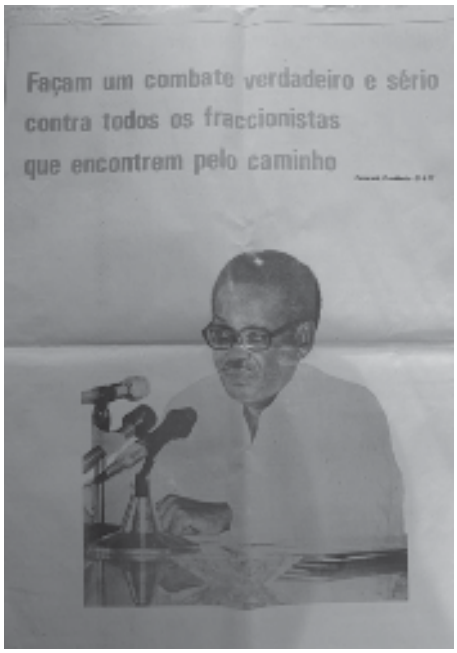
Zunächst jedoch profitierte der präsidentialistische Flügel der MPLA von der städtischen Massenbewegung. Alves und Van Dunem gaben der Neto-Führung wichtigen Rückhalt bei der entscheidenden MPLA-Konferenz im östlichen Angola 1974, bei der Neto als Präsident bestätigt wurde. Alves und Van Dunem wurden in das Zentralkomitee aufgenommen und Neto hatte sich definitiv gegen die Herausforderung des Chipenda-Flügels behauptet. Ihr Einfluss in den Stadtteilgruppen in Luanda war für die MPLA unverzichtbar im Machtkampf mit der FNLA und Unita. Als Minister für Interne Verwaltung bzw. als stellvertretender Politischer Kommissar übernahmen Alves und Van Dunem auch in Staat und Armee in der MPLA-Regierung einflussreiche Funktionen.

Vorbehalte gegen die externe Führung der MPLA blieben in ihren Reihen aber bestehen. Die Vorstellung, dass den Kräften, die im Land den Widerstand gegen die Kolonialherrschaft getragen hatten, die Führung im unabhängigen Angola zustand, spielte eine entscheidende Rolle. Vor allem Nito Alves hatte zudem eine ambivalente Haltung gegenüber mestiço-Intellektuellen in der MPLA-Führung. Auch eine ideologische Dimension kam hinzu. Nach anfänglichen Sympathien für linksradikale Positionen war Nito Alves auf eine orthodoxe pro-sowjetische Linie umgeschwenkt. Die Sowjetunion hatte ihre Unterstützung der MPLA nach der Krise der Bewegung zu Beginn der 1970er Jahre wieder aufgenommen, als der Kampf um die Vormacht im unabhängigen Angola einsetzte. Ganz sicher war sie sich aber nicht bei der MPLA-Führung, denn Neto war zwar Sozialist, vertrat zugleich aber auch eine nationalistische Position der Blockfreiheit. Für andere Optionen in der MPLA-Führung war die Sowjetunion daher auch offen.

Politischer Machtkampf in der MPLA

Ohne Frage war die Zeit von der Nelkenrevolution in Portugal bis zur Unabhängigkeit Angolas und danach durch mannigfaltige, auf Macht und Einfluss gerichtete Aktivitäten interner und externer Akteure gekennzeichnet, die – auch im Vergleich zu anderen Endphasen von nationalen Befreiungskämpfen im südlichen Afrika – zu sonst nicht erlebten Turbulenzen geführt haben. Die Vertreter des internen Widerstandes um Alves und Van Dunem waren in dieser diffusen Übergangssituation zweifellos an der Stärkung ihres politischen Einflusses interessiert. Die MPLA-Führung unter Präsident Neto hatte ihrerseits seit Beginn des Befreiungskampfes nie Zweifel an ihrem absoluten Machtanspruch aufkommen lassen.

Die Widersprüche in der MPLA spitzten sich 1976 im Verlauf des Jahres zu. Alves und Van Dunem wurden der Fraktionsbildung in der MPLA bezichtigt und das Zentralkomitee setzte eine Kommission zur Untersuchung der Vorwürfe ein - unter der Leitung von Eduardo dos Santos, dem späteren langjährigen Präsidenten Angolas und Nachfolger Agostinho Netos. Die Vorlage des Untersuchungsberichts und der darauf beruhende Ausschluss von Alves und Van Dunem aus dem Zentralkomitee löste die Proteste des 27. Mai 1977 aus. Kuba stellte sich binnen Stun-



Angolas erster Staatspräsident Agostinho Neto war für die Säuberungen in der MPLA verantwortlich.



den hinter Präsident Neto und ermöglichte es ihm durch den Einsatz seiner Truppen vor Ort, die Proteste noch am selben Tag im Keim zu ersticken (George 2005). Die Sowjetunion dagegen nahm eine abwartende Haltung ein, um, nachdem klar geworden war, dass Neto die Oberhand behalten hatte, sich wieder zur Unterstützung seiner Regierung zu bekennen (Klinghoffer 1980).

Ob es ein von langer Hand vorbereiteter Umsturzversuch war, wie MPLA-nahe zeitgenössische Autoren argumentiert haben (Wolfers/Bergerol 1983), oder ein dilettantisch ausgeführter „sogenannter Staatsstreich", den die MPLA-Führung zur Absicherung ihrer uneingeschränkten Herrschaft genutzt hat, wie Opfer der Säuberungen nach dem 27. Mai, die überlebt haben, argumentieren (Pacheco 2000), ist angesichts des Mantels des Schweigens, den die MPLA-Regierung über den tatsächlichen Verlauf der damaligen Ereignisse gelegt hat, bis heute umstritten. Das Ausmaß der Säuberungsaktionen nach den Protesten des 27. Mai 1977 kann jedoch, auch wenn die genaue Zahl der Opfer bis heute nicht bekannt ist, nicht mehr geleugnet werden, und ihre Nachwirkungen sind bis in die Gegenwart mit Händen zu greifen.

Der 27. Mai 1977 – Nachwirkungen bis heute

Der 27. Mai 1977 markiert eine Wende in der nachkolonialen politischen Entwicklung Angolas. Die brutale Verfolgung jeglicher, auch nur vermuteter Opposition durch die staatlichen Sicherheitskräfte erstickte die offene Diskussionskultur, die in der Übergangszeit nach der Nelkenrevolution in den städtischen Zentren entstanden war, und ersetzte sie durch eine repressive autokratische Herrschaft. Aus einer Massenbewegung verwandelte sich die MPLA Ende 1977 in eine nach sowjetischem Vorbild strukturierte Kaderpartei, die sich die „Vorhut der Arbeiter" nannte. Ein Klima der Angst durchzog seither das Land, wie der bereits erwähnte David Birmingham rückblickend feststellte: „Nach 1977 war die Angst im Land allgegenwärtig und Gewehre waren wichtiger als Ideale bei der Bestimmung des Wegs in die Zukunft." (S. 90) Oder, um es aus heutiger Sicht mit den Worten von Marcolino Moco, einem der Wortführer der 2017 gegründeten zivilgesellschaftlichen Organisation „Handeka", auszudrücken: „Die Regierenden herrschen mit einer Minderheit und erzeugen dann in den Köpfen der Bürger eine Angst, damit sie die Finger von bestimmten Angelegenheiten lassen."

Die Tatsache, dass die Machtposition der MPLA-Regierung in den 1980er Jahren erneut von der Unita herausgefordert wurde und ein Bürgerkrieg mit kubanischen Truppen auf der Seite der MPLA und Interventionstruppen des weißen Südafrika auf der Seite der Unita entbrannte, gab dem Präsidenten Eduardo dos Santos, der nach Netos Tod die Regierungsmacht übernommen hatte, willkommene Gründe, die zunehmende Militarisierung Angolas voranzutreiben. Manifest wurde der absolute Machtanspruch der MPLA, als 1991 – wie schon Anfang 1975 – erneut ein Friedensabkommen abgeschlossen und diesmal tatsächlich Wahlen abgehalten wurden. Weder dos Santos noch Unita-Chef Savimbi erreichten bei der entscheidenden Präsidentschaftswahl, bei der beide Seiten in ihren Hochburgen Druck auf die Wähler ausübten, die erforderliche absolute Mehrheit. Bevor die Stichwahl abgehalten werden konnte, verübten MPLA-Milizen 1992 ein Massaker an Unita-Anhängern in Luanda, das an den 27. Mai 1977 erinnerte. Die Nachwahl fand nie statt, die MPLA behauptete die Macht und der Bürgerkrieg entbrannte mit neuer Gewalt. Erst mit dem Tod Savimbis 2002 hatte die MPLA-Regierung ihr Ziel, den Bürgerkrieg mit einer militärischen Lösung zu beenden, erreicht.

Eine persönliche Wahl zum Staatspräsidenten hat dos Santos in den fast 30 Jahren seiner Regentschaft nicht gewonnen. Auch 2012 wurde er als Listenführer der siegreichen MPLA bei den Parlamentswahlen – ohne persönliche Wahl – als Staatspräsident bestätigt. Das Klima der Angst erfasst nicht nur die Bürger Angolas, sondern Angst um ihre Macht haben die Herrschenden auch selbst. Anders ist das gewaltsame Vorgehen des Regimes gegen friedliche Jugendproteste, die seit 2011 unter anderem die überlange Amtszeit von dos Santos anprangerten, nicht zu verstehen. Oder die Verschleppung und Ermordung zweier Armeeveteranen, die den 35. Jahrestag des 27. Mai 1977 nutzten, um bei einer Demonstration ausstehende Soldzahlungen einzufordern. Oder die gewaltsame Auflösung der Versammlung einer religiösen Sekte in einem abgelegenen Teil des Landes, bei der erneut ein Massaker stattfand, dessen Wahrheit die MPLA-Regierung einmal mehr zu verheimlichen suchte. Und schließlich die Farce des Gerichtsverfahrens gegen 15 junge Aktivisten 2016, die in einem privaten Leserkreis ein Buch über Formen friedlichen Widerstandes gegen autokratische Herrschaft studiert haben, denen die Anklage – wir ahnen es – die Vorbereitung eines Staatsstreiches vorwarf, und deren Lektüre Präsident dos Santos zu einem Vergleich mit dem 27. Mai 1977 veranlasste. So hat das Regime das Klima der Angst 40 Jahre lang am Leben gehalten.

>> Peter Meyns

Der Autor ist Professor i.R. für Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen

Im Text erwähnte Literatur:
D. Birmingham, A Short History of Angola. London 2015.
E. George, The Cuban Intervention in Angola, 1965-1991. London/New York 2005.
A. J. Klinghoffer, The Angola War: A Study in Soviet Policy in the Third World. Boulder, CO 1983.
D. C. und A. Mateus, Purga em Angola. O 27 de Maio de 1977. Alfragide 2010.
C. Pacheco, Repensar Angola. Lisboa 2000.
M. Wolfers/J. Bergerol, Angola in the Frontline. London 1983.



Ein Wandel tut not

REGIERUNG UND OPPOSITION VOR DEN WAHLEN IN ANGOLA. Seit der Unabhängigkeit wird Angola von einer politischen Partei regiert, die entweder direkt oder durch Assoziation ihre politische Hegemonie behauptet hat. Mit welcher Form der Regierung die MPLA seit Jahrzehnten auch experimentiert hat, nie hat dies den Angolanern den erwünschten Wohlstand gebracht. An erster Stelle stand immer die herrschende Sorge der Partei: Machterhalt um jeden Preis.



1992 (bei den ersten Wahlen nach dem Friedensabkommen von Bicesse 1991 und der Einführung des Mehrparteiensystems; d. Red.) hatte die seit 1975 regierende MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola) das Mandat erhalten, „Dreh- und Angelpunkt" des demokratischen Übergangs zur Überwindung des autoritären Staats zu sein. 25 Jahren später, und 15 Jahre nach endgültiger Beendigung des Bürgerkriegs, befindet sich die Demokratie in der Sackgasse. Die Prämissen zur Unterstützung des demokratischen Übergangs, wie der ungehinderte Zugang zum öffentlichen Raum, die Presse- und Demonstrationsfreiheit, die Gewaltenteilung, die politische und wirtschaftliche Dezentralisierung, die Trennung von Partei und Staat, seiner Institutionen und der Gesellschaft sowie die Achtung der Verfassung und der Gesetze, existieren nicht oder sind bloße Makulatur. Und wenn dürftige Freiheiten erlaubt sind, obliegen sie der strengen Kontrolle und Überwachung durch den mächtigen staatlichen Sicherheitsapparat. Dessen Verfolgungsraum reicht bis zur persönlichen und familiären Ebene. Es handelt sich um ein aktives Instrument der Desinformation, das die „Aufständischen" mit sozialen Strafen ihrer Möglichkeiten beraubt. Der Sicherheitsapparat ist in Wirklichkeit das dominierende politische Instrument.

Die Mindestanforderungen an staatlicher Verwaltung wie die Bereitstellung von Trinkwasser und Strom, die Gewährleistung von Mindesteinkommen und einer angemessenen medizinischen Versorgung, bezahlbare Mieten, Zugang zu sanitären Einrichtungen, Erstellung von Personalausweisen und eine vereinfachte Verwaltung der öffentlichen Dienste sind nicht zustande gebracht worden. Das Land ist in einem „delinquenten Zustand" oder mit dem Status eines „gescheiterten Staates" behaftet. Dagegen hat die Korruption alle Bereiche des Staates und seiner Institutionen seit Zeiten des Bürgerkriegs befallen, in dem Tausende von Menschen ihr Leben verloren haben. Viele Familien leben heute trotz der über lange Zeit reichlich fließenden Öleinnahmen in Elend. Bei diesem systemischen, endemischen Zustand als natürlichem Bestandteil von Macht erscheinen die fehlende Demokratie und die Notwendigkeit zur Repression als logische Konsequenz. Der Präsident der Republik bezeichnet dies als notwendig und „intrinsisch", weil dies die moderne Form der „primitiven Akkumulation von Kapital" sei. Das bedeutet nichts anderes als die Vereinnahmung des Staates durch eine Gruppe prominenter militanter Kräfte der Regierungspartei.

Wandel als nationaler Imperativ

Die Unfähigkeit der aktuellen Machthaber, das Regime in seinen Grundlagen zu verändern, ist daher nicht der persönlichen und willkürlichen Entscheidung der Führung von José Eduardo dos Santos oder João Lourenço oder ihrer Stellvertreter zuzuschreiben. Im Kern geht es, abgesehen von überspannten und exotischen Randerscheinungen, um die Natur des Regimes. In Frage gestellt, würde es wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Dieses Risiko können die Machthaber nicht eingehen.

Die Regierungspartei zeigt sich also unfähig zu einem nachhaltigen demokratischen Übergang zum Allgemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger. Vor den anstehenden Wahlen wächst daher in der Bevölkerung die Unzufriedenheit über das Regime. Menschen mit geringem Einkommen, vor allem diejenigen, die Ihre Kinder im angolanischen Bürgerkrieg verloren haben, werden sich zunehmend ihres täglichen Elends gewahr, der

fehlenden Stromversorgung, der steigenden Arbeitslosigkeit und fehlender Gesundheitsfürsorge. Selbst die Mittelschicht, von der ein Teil Verantwortung für Großfamilien trägt, hat nicht nur an fehlenden Devisen zu knapsen, sondern auch an der vorherrschenden Desorganisation staatlicher Einrichtungen. Dazu kommt die steigende Arbeitslosigkeit im Öl- und Bausektor sowie in anderen Dienstleistungen, die qualifizierte Fachkräfte voraussetzen. Die meisten Unternehmer müssen sich an die Machthaber anbiedern, damit sie überhaupt einen Weg zum Überleben finden.

Es zeichnet sich daher ein zunehmender Konsens ab: Eine Veränderung ist ein nationaler Imperativ. Veränderung muss dabei kein Zauberwort sein. Es bedeutet schlicht und einfach: Die Gründung eines Rechtsstaates, in dem es eine klare Gewaltenteilung gibt, in dem Chancengleichheit für alle besteht und in dem es möglich ist, Armut zu bekämpfen, Entwicklung voranzutreiben, Gesundheit und Bildung zu fördern und angemessene sanitäre Einrichtungen sicherzustellen. Ein Staat, in dem sich jede und jeder als Bürgerin und Bürger fühlt. Das ist die große Herausforderung für die angolanische Nation in den nächsten fünf Jahren: Bedingungen zu schaffen, um kühnste Projekte erblühen zu lassen, die dann den verschiedenen Vorstellungen der Parteien unterzogen werden. Das derzeit vorherrschende Gefühl ist: Das Land steckt in einer Zwangsjacke, von der es sich befreien möchte.

Agenten des Wandels und die Wahlen

Da von der herrschenden Partei kein demokratischer Wandel erwartet werden kann, bleibt dies eine Aufgabe der Opposition. Gemeinsam mit den Sektoren der Zivilgesellschaft, die sich in ihrem politischen Bewusstsein längst von den Illusionen, die von den Machthabern geschürt werden, verabschiedet haben, ist sie das Vehikel des Wandels. Klar ist, den Kämpfen in verschiedenen Bereichen – gegen Landenteignung und Zerstörung von Häusern, gegen ungerechtfertigte Entlassungen, für bessere Arbeitsbedingungen der Lehrenden und Studierenden, für ein besseres Transportwesen, für freie und faire Wahlen, die aus der Sicht der „Revús“ nicht unumstritten bleiben, für geeignete Parkplätze und aktualisierte Taxitarife – all diesen Kämpfen mangelt es noch an differenzierter Artikulation unter den verschiedenen Beteiligten. Das politische Bewusstsein für einen gemeinsamen Widerstand ist noch nicht genügend entwickelt, auch die Oppositionsparteien haben nur wenig dazu beigetragen.

Viele Menschen glauben an die Möglichkeit eines Wandels bei den kommenden Wahlen, trotz ihrer Zurückhaltung bei der Registrierung. Das hat auch mit dem allgemeinen Glauben zu tun, Betrug sei ein legitimes Mittel der Macht. Die überwiegende Mehrheit der Wähler glaubt jedoch nur an einen Wandel, wenn die Oppositionsparteien sich in einer Koalition ernst zu nehmender Kräfte vereinen. Genau hier liegt der Knackpunkt: Es mag fundamentale Gründe für einen Zusammenschluss geben, dagegen stehen aber rechtliche, emotionale und politische Vorbehalte, die nur mit einer unbeugsamen Vision, dem Willen der Beteiligten, sich politisch zu schulen, einer großen Liebe zur Nation und dem Verzicht auf persönlichen Vorteil zu überwinden sind. Den Wählern dürfte klar sein, dass der Manövrierraum der Regierungspartei nur mit einer Einheitsfront gebrochen werden kann. Nur so kann eine Alternative zur aktuellen Macht gelingen.

Vor- und Nachteile einer Koalition

Eine Demokratisierung des Landes, die über ein bloßes Mehrparteienparlament hinausgeht, ist ein Prozess effektiver Öffnung, von Kompromissen zwischen verschiedenen Kräften und von diesen mit der Bevölkerung als Souverän. Das Regime kann nur deshalb seine Muskeln spielen lassen, weil die Hegemonie einer einzigen Partei jeglichen Kompromiss verhindert. Ein parteienübergreifender Konsens kann viel besser eine Öffnung der Gesellschaft und damit die Demokratisierung des Landes befördern. Aufkeimende undemokratische Tendenzen könnten mit einem System interner Selbstkontrolle in einer Art gegenseitiger „Checks und Balances“ leichter bekämpft werden.

Ein Oppositionsbündnis würde die Motivation, wählen zu gehen, erhöhen, der Prozess wäre partizipativer. Eine Einheitsfront kann Stimmen bündelt, den Wahlgang sinnvoll machen und die Aussicht auf mehr Abgeordnete der Opposition eröffnen. Hätte die Unita (União Nacional para a Independência Total de Angola) in den früheren Wahlen mit der CASA-CE koaliert, hätte die Opposition sicherlich zwei Abgeordnete für den Wahlkreis Luanda gehabt. Getrennt bekam sie nur einen, was der Regierungspartei zu mehr Abgeordneten verholfen hat. Das ist zweifellos die große Herausforderung für die politischen Kräfte, vor allem für den Demokratischen Block (Bloco Democrático-BD), CASA-CE und die Unita.

Es gibt jedoch einige Einschränkungen: Unser Wahlgesetz ist irrational und in diesem Bereich unflexibel. Es behandelt ein Wahlbündnis wie eine politische Partei und entzieht ihr damit die parlamentarische Vertretung. Die in CASA-CE vereinten Parteien erscheinen nicht als solche im Parlament, wie es in Portugal oder anderen Demokratien üblich ist. Das Wahlgesetz von 1992 erlaubte es den Abgeordneten und Parlamentsgruppen, die über ein Wahlbündnis gewählt wurden, für die jeweilige Partei agieren zu können. Das Bündnis diente nur dem Zweck erhöhter Wahlchancen. Dies war 1992 mit der Front für Demokratie (FpD), dem Vorläufer des Bloco Democrático, der Fall. Der Staatspräsident, der auf Vertreter dieser Partei einen besonderen Hass hegt, hatte per Anordnung verhindert, dass diese mit ihrem Kürzel im Parlament vertreten war. Er verlangte, dass die Partei unter der Abkürzung AD, dem Bündnis, für das sie kandidiert und einen Abgeordneten erhalten hatte, auftreten sollte. Später ließ er das Gesetz entsprechend anpassen. Folge ist, dass die Parteien sich nicht trauen, eine Koalition zu bilden, weil sie dann ihre Symbole, Flaggen und auf der politischen Bühne etablierten Namen nicht verwenden dürfen.

Gesetzt den Fall, den Parteien gelingt eine Formulierung, die den Zwängen einer Koalition aus dem Wege geht, müssen sie einem gemeinsamen Programm zustimmen, das die Mechanismen zur Wahrung und Erhal-



tung ihrer Dynamik als Parteien sowie die Methode zur Ausübung der Politik berücksichtigt.

Es gibt tatsächlich viele Aspekte auf der Agenda, die sich sowohl aus der parlamentarischen Praxis der Opposition als auch aus den Aktivitäten der Parteien und selbst aus vereinzelter Einigkeit in der Zivilgesellschaft ergeben: Die Entscheidung für den Rechtsstaat mit effektiver Gewaltenteilung, eine Verfassungsänderung, die dem Präsidenten der Republik die Macht für Dekrete und für und andere einschlägige Fragen entzieht, die Bekämpfung der Korruption und die Errichtung eines Rechenschaftssystems im öffentlichen Sektor, im staatlichen Wirtschaftssektor und in der Gesellschaft, die Bekämpfung der Armut, die Gewährleistung von Mindesthaushaltsmitteln für Gesundheit, Bildung und die Sicherung von Mindesteinkommen, die Dezentralisierung der lokalen Regierung und die Ausübung einer Friedenspolitik in der Region, die den Militärhaushalt minimiert.

Vorwahlabkommen als Alternative?

Wenn die Oppositionsparteien nicht koalieren, welche Alternativen bleiben dann für die Mobilisierung der Wähler und für eine demokratische Errungenschaft?

Die Parteien können eine parlamentarische Vorwahlvereinbarung auf der Grundlage der oben genannten Fragen geltend machen. Die Wähler wären motivierter, weil sichergestellt wäre, dass die Partei, der sie ihre Stimme geben, sich im Parlament politisch äußern könnte. Die bisherigen Oppositionsparteien könnten im Falle einer parlamentarischen Mehrheit das Land regieren, falls eine der Parteien die Wahlen gewinnt und damit die Exekutive. Oder sie könnten eine Oppositionspolitik im Parlament gestalten, wenn sie die Mehrheit, aber nicht die Exekutive, erhalten. Dies ist ein vorteilhafter Aspekt. Das Risiko ist jedoch, dass es nicht soweit kommen könnte, weil es keine gebündelte Stimme gibt. Viele Abgeordnete, die als zur Opposition gehörig auftreten, könnten der Regierungspartei angehören, und es gibt keine Garantie, Enthaltung von Seiten der Opposition zu bremsen.

Im Falle dieser beiden Modalitäten (Koalition oder Vorwahlvereinbarung) können Parteien, die für ihr spezifisches Gewicht um die parlamentarische Macht wetteifern, eine politische Vereinbarung für die Zeit nach den Wahlen zu Stande bringen. Dieses bereits durch den Unita-Präsidenten angekündigte und wahrscheinlich von CASA-CE und anderen Politikern bevorzugte Modell leistet im Zweifelsfall den ungünstigsten Beitrag zum Wandel. Falls eine Partei die Wahlen gewinnen sollte, wird sie wie die aktuelle Regierungspartei vorgehen: Die anderen Parteien mit Minderheitenstatus zur Kooperation einladen oder ihre Unterstützung gewinnen, um regieren zu können. In einer etablierten Demokratie ist das ein normaler Vorgang, aber bei so schwachen Institutionen wie in Angola und einer Politik, die als Mittel für den Zugang zum Reichtum benutzt wird, ist das schwer durchzuführen.

Die Oppositionsparteien setzen auf die letzte Option, obwohl intern darüber keine Einmütigkeit besteht. Dies begünstigt zweifellos das Manöver der herrschenden Partei, die zeigen möchte, dass sie noch über eine breite Plattform verfügt. Sie bekniet die Wähler, ihr noch eine Chance zu geben, um ihre primitive räuberische Akkumulation, die Unterdrückung der Menschen und die Bekämpfung der Kräfte, die sich kritisch zu ihrer Politik äußern, fortzuführen.

Die minimalistische Perspektive der Einheit

Es bleibt die Kontrolle durch die Wahrheit an den Urnen als einziger Einigungsprozess zwischen den Oppositionsparteien. Ihre glaubwürdigen Vertreter wissen natürlich, dass sie durch die betrügerischen Aktionen der Regierungspartei benachteiligt werden. Sie sollten sich in diesem Kampf mit allen Kräften vereinigen, um zu verhindern, dass die Wahlen sich in ein lächerliches Schauspiel verwandeln, das eine Pseudodemokratie begünstigt. Die Zeichen sollten vereint mit der Gesamtgesellschaft gesetzt werden, denn für sie sind Wahlen ein Moment von Souveränität, bei dem die politischen Parteien die bloßen Vermittler sind. Zu sagen, die Regierungspartei habe die Wahlen bereits durch Fälschung gewonnen, hieße nichts anderes, als vorzeitig das Handtuch zu werfen. Gerade unter diesen Umständen macht die Aussage Sinn: Die Demokratie ist etwas, um das zu kämpfen es sich lohnt. Erst bei einem gemeinsamen Einsatz zur Überwachung aller Wahlphasen und bei einer tatsächlichen Vermeidung der üblichen Fälschungen kann sichergestellt werden, dass die für eine bestimmte Partei abgegebenen Stimmen tatsächlich auch für diese gezählt werden.

In diesem Sinne müssen die Oppositionsparteien wissen, wie sie die Menschen organisieren können, um Betrugsmanöver auszuschließen. Das bedeutet, dass sie über genügend Kraft verfügen müssen, um zu gewährleisten, dass der Prozess auch dann weiter geht, wenn Situationen auftreten, die ihre Integrität und Transparenz gefährden.

>> Filomeno Vieira Lopes

Der Autor ist Mitglied des Politbüros des Bloco Democrático und Koordinator des Wahlbüros der Partei.

Wahlen im Zeichen der Angst



Je näher der Wahltermin 23. August rückt, desto unruhiger wird das Regime in Luanda, das ist der Tenor internationaler Presseberichte über den Wahlprozess in Angola. Angst treibt die verschiedensten Menschen um. Da ist die Angst der Bevölkerung, weil alles Lebensnotwendige knapper wird oder einfach fehlt: Devisen, Medikamente, Lebensmittel, Strom und Trinkwasser ohnehin seit jeher, öffentliche Sicherheit und die Garantie, ob man überhaupt den nächsten Morgen überleben kann. Zu dieser Gruppe von Menschen gehören die Unterschichten der Gesellschaft, die seit der Unabhängigkeit 1975 in den vielen Musseques dahin vegetieren und zum Wohnen in erbärmlichen Verhältnissen verdammt sind, aber auch die Mittelschicht und die Überlebenskünstlerinnen im informellen Sektor, die den Alltag in Angola noch ein bisschen erträglicher machen.

Da ist aber auch die große Angst der angolanischen Elite und ihrer Helfershelfer, Macht und Kontrolle zu verlieren. So herrscht überall Hektik im Land, im Parlament, in den Ministerien, innerhalb der Regierungspartei und der Führung der Sicherheitsorgane oder in staatlichen Unternehmen sowie im öffentlichen Verwaltungsapparat. Es ist die Angst vor einem nie angekündigten, aber stillen Wandel, geknüpft an die Frage: Was passiert nach dem Abgang des Alleinherrschers, der über 38 Jahre seine schützende Hand über das Plündernetzwerk hielt und die Korruption zur Landesinstitution erhob?

Die Wahlkommission

Die Nationale Wahlkommission (CNE) gibt sich als transparentes Organ und vermittelt den Eindruck, als würde sie freie und faire Wahlen organisieren wollen, trotz einiger Unregelmäßigkeiten, die einen Monat vor dem Urnengang nicht nur von der Opposition zu Tage gefördert wurden. Die CNE, die in den Vormonaten wegen konkurrierender Wahlvorbereitungen in Konflikt mit dem Ministerium für die Gebietsverwaltung (MAT) geriet, fürchtet sich vor einem ramponierten Ruf oder sogar vor einer endgültigen Einstellung ihrer Aktivitäten. Zumindest die größte Oppositionspartei, die Unita, fordert vehement, die CNE durch die Errichtung eines Obersten Wahlgerichtshofes (Tribunal Supremo Eleitoral) zu ersetzen. Damit soll endlich eine unabhängige Organisation zur Durchführung der Wahlen geschaffen werden, die nicht so befangen sein könnte.

Bei diesen Wahlen steht vieles auf dem Spiel, für das Land und seine Menschen.

Registrierte Wähler

9.317.294 Wählerinnen und Wähler sind nach CNE-Angaben für den Urnengang am 23. August 2017 registriert.
Zu den bevölkerungsreichen Wahlzentren gehören:
Luanda (die Hauptstadt): 7 Millionen,
Südprovinz Huíla: 2,3 Millionen,
Zentralprovinz Benguela: 2 Millionen,
Zentralprovinz Huambo: 894.000

Wahllokale und Wahlpersonal

Für den Urnengang stehen landesweit 12.152 Wahllokale (Assembleias de Voto) und 25.475 Wahltische (Mesas) zur Verfügung.

Für den eigentlichen Wahlgang und die Stimmenauszählung hat die CNE vom 24. bis 26. Juli 2017 über 100.000 angolanische Bürgerinnen und Bürger als Wahlpersonal rekrutiert. Vorausgesetzt wurden dafür ein Schulbildungsniveau von mindestens 8. Klasse für Bewerber aus den ländlichen Gebieten und mindestens 12. Klasse für Bewerber aus Städten oder urbanen Zonen. Für letztere Gruppe wurden auch Vorkenntnisse über die Nutzung von elektronischen Mobilgeräten vorausgesetzt.

Parlamentswahlen

Laut Verfassung von 2010 finden alle fünf Jahre Parlamentswahlen statt. Von den 220 Abgeordneten der Nationalversammlung werden 130 mittels einer nationalen Liste (Deputados pelo círculo nacional) und 90 Abgeordnete mittels Provinzlisten (Deputados pelo círculo provincial) gewählt. Jede der 18 Provinzen entsendet dabei fünf Abgeordnete ins Parlament.

Präsidentschaftswahlen

Seit der Verfassungsänderung von 2010 wird der Präsident indirekt und nach einem im In- und Ausland kritisierten einmaligen Verfahren gewählt: Die beiden Listenersten der bei den Wahlen siegreichen Partei werden automatisch Staatspräsident und Vize-Präsident.

Parteien zur Wahl

Die Reihenfolge der Parteien auf dem Wahlzettel wurde von der CNE durch eine offizielle Ziehung, die von Misstrauen begleitet war, bestimmt. Folgende Parteien und eine Parteien-Koalition stehen zur Wahl:

1. Unita, União Nacional para a Independência Total de Angola

Wahllistenführer: Isaías Samakuva, Unita-Vorsitzender.

2. APN, Aliança Patriótica Nacional

Wahllistenführer: Quintino Moreira
Nach übereinstimmender Einschätzung fungiert die APN zwar als Oppositionspartei, ist aber nichts anders als eine Satellitenpartei im Dienste der Regierungspartei zwecks Spaltung der Wählerstimmen und somit einer Schwächung der Opposition.

3. PRS, Partido de Renovação Social

Wahllistenführer: Benedito Daniel
Eine Oppositionspartei mit starker regionaler Ausrichtung sowie -verankerung in den diamantenreichen Lundas-Provinzen sowie der Ostprovinz Moxico.

4. MPLA, Movimento Popular de Libertação de Angola

Wahllistenführer: João Lourenço, Stellvertretender Vorsitzender der Regierungspartei MPLA und jetziger Verteidigungs-



minister Angolas. Wurde im Dezember 2016 zum Nachfolger von José Eduardo dos Santos erkoren.

5. FNLA, Frente Nacional de Libertação de Angola

Wahllistenführer: Lucas Ngonda, umstrittener Vorsitzender dieser einst neben der MPLA und der Unita bedeutsamen Befreiungsbewegung, die aber durch interne Streitereien, Intrigen und Unterwanderung durch die Geheimdienste in der Bedeutungslosigkeit versunken ist.

6. CASA-CE, Convergência Ampla de Salvação de Angola – Coligação Eleitoral

Wahllistenführer: Abel Chivukuvuku

Dieser hat den Vorsitz dieses Wahlbündnisses inne, das sowohl mehrere bekannte und unbekannte Oppositionsparteien als auch unabhängige Kandidaten aus der Mitte der angolanischen Zivilgesellschaft vereint, u.a. die „Partido Democrático para o Progresso de Aliança Nacional Angolana“ (PDP-ANA) und den „Bloco Democrático“ (BD) oder den wortgewandten Journalisten und Liebling der Jugendbewegung, Makuta Nkondo, der schon einmal für die Unita im Parlament saß.

Wahlsubvention nach Parteienfinanzierungsgesetz

Insgesamt 1.040.000.000 Kwanzas (ca. 6,2 Mio. US Dollar) stellt der Staat laut Präsidentendekret vom Juni 2017 zur Verfügung. Die Summe wird mit je 173.333.333,33 Kwanzas gleichmäßig unter den zugelassenen Parteien und das Wahlbündnis für den Wahlkampf verteilt. Darüber hinaus wurde eine Kreditlinie für die Parteien eröffnet, die mehr Geld über staatliche Subvention beanspruchen werden.

Zugang zu staatlichen Medien

Ein strittiger Punkt bei Wahlen ist stets der Zugang zum staatlichen Radio (Rádio Nacional de Angola, RNA) und Fernsehsender (Televisão Popular de Angola, TPA). Wie viele Stunden insgesamt und zu welcher Uhrzeit den Parteien Sendezeit zusteht oder ob alle gleichermaßen Zugang zur Wahlwerbung bekommen, darum ging es bei den letzten Wahlen, was zu zahlreichen Spannungen führte. Die CNE bestimmte per Los die jeweils 10 Minuten Wahlwerbung im Radio und fünf Minuten im Fernsehen, die den Parteien für ihre täglichen Wahlspots offiziell zustehen.

Die MPLA hat allerdings über diese Sendezeiten hinaus beliebigen Zugang zu den staatlichen Medien. Die im April 2017 neu gegründete zivilgesellschaftliche Organisation Handeka hat die ersten fünf Tage des Wahlkampfs beobachtet und stellte fest, dass die MPLA zwischen dem 23. und 27. Juli allein 85 Prozent der Sendezeit in den staatlichen Medien beanspruchte. Von Chancengleichheit ist also keine Rede.

Nationale und internationale Wahlbeobachtung

Die Verordnung zur Wahlbeobachtung legt nach CNE-Angaben die Quoten von nationalen und internationalen Wahlbeobachtern fest. Danach will die Wahlkommission bis zu 3.000 nationale Wahlbeobachter und -beobachterinnen (aus interessierten Organisationen Angolas) einsetzen.

Die fünf konkurrierenden politischen Parteien und das Wahlbündnis dürfen jeweils bis zu 18 Institutionen oder Persönlichkeiten aus dem Ausland zur Wahlbeobachtung ins Land holen. Das Verfassungsgericht darf 24 und das Parlament bis zu 50 Wahlbeobachter und -beobachterinnen einladen.

Nur der angolanische Präsident und die CNE dürfen eine unbegrenzte Anzahl von ausländischen Organisationen und Institutionen zur Wahlbeobachtung einladen. Diese haben 10 Tage Zeit, um sich als internationale Wahlbeobachter registrieren zu lassen, angolanischen Gruppen wurden dazu 30 Tage eingeräumt.

Organisationen wie die Afrikanische Union, die Regionalgemeinschaft SADC oder das Parlamentarische Forum der Gemeinschaft von portugiesischsprachigen Ländern (CPLP) haben der Einladung zur Wahlbeobachtung unter den von Luanda gestellten Bedingungen zugestimmt. Doch die Europäische Union wird keine Beobachtermission schicken. Sie hält die Einladung Luandas für vorgeschoben. Erst am 27. Juni, knapp vor Ablauf der vorgeschriebenen Frist, wurde sie offiziell eingeladen. Eine viel zu kurze Zeit, um die von der EU geforderten Bedingungen eines landesweiten ungehinderten Zugangs zu den Wahllokalen, Unparteilichkeit und Sicherheit für ihre Wahlbeobachter garantiert zu bekommen. Die angolanische Regierung hat die Unterzeichnung eines entsprechenden Memorandums strikt verweigert. Deshalb schickt die EU keine Wahlbeobachtermission, sondern lediglich fünf Experten nach Angola.

Für Ana Gomes, Abgeordnete der sozialistischen Fraktion im Europa-Parlament, ist das Motiv Luandas klar: Mit der fingierten Einladung habe Angola signalisiert, dass es nicht das geringste Interesse an einem transparenten und glaubwürdigen Wahlprozess habe. „Die angolanische Regierung hat Angst davor, was europäische Wahlbeobachter sehen könnten.“ Einem solchen Wahlprozess werde die EU sicher nicht den Stempel der Glaubwürdigkeit verpassen.

>> E. Matondo, L. Berger



Der Unmut wächst

DIE STIMMUNG VOR DEN WAHLEN IN ANGOLA IST AUFGEHEIZT: Die Opposition wirft der Regierung Manipulation und fehlende Transparenz vor. Auch in der Zivilgesellschaft rumort es heftig. Besonders die Protestaktionen der Jugend fordern das Regime heraus.

Manuel Chivonde Baptista Nito Alves ist erst 21 Jahre alt. Als Politaktivist und Anführer einer Jugendbewegung gegen das Regime in Angola hat er sich aber schon einen großen Namen gemacht. Acht Mal wurde er bereits verhaftet. Im Juni 2015 wurde er mit 16 anderen Mitstreitern von der Polizei während eines Seminars inhaftiert. Die Gruppe hatte ein Buch des US-Autors Gene Sharp über gewaltfreien Widerstand „Von der Diktatur zur Demokratie: Ein Leitfaden für die Befreiung“ gelesen.

Die Liste der Vorwürfe gegenüber Nito Alves ist lang: Unter anderem soll er Staatspräsident José Eduardo dos Santos beleidigt, einen Staatsstreich sowie eine Rebellion mit den anderen Gruppenmitgliedern geplant haben. Dafür wurden er und seine Mitstreiter im September 2015 zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Erst nach weltweiten Protesten kam die Gruppe im Juli 2016 unter Auflagen vorläufig frei. Danach erließ die Regierung im Schnellverfahren ein Amnestiegesetz, das die „15+2“ genannten politischen Gefangenen hätte begnadigen können. Doch Nito Alves und seine Mitglieder bestehen auf einen offiziellen Freispruch sowie der Einstellung des willkürlichen Prozesses, eine Amnestie lehnen sie kategorisch ab. Außerdem fordern sie eine öffentliche Entschuldigung der Regierung für erlittenes Unrecht, Folter und Misshandlungen während der illegalen Gefangenschaft von über einem Jahr.

„Persönlicher Gefangener“

Inzwischen trägt Nito Alves den Titel „persönlicher Gefangener des angolanischen Präsidenten dos Santos. Seit dem 7. März 2011 hat Nito Alves im Namen seiner Jugendbewegung „Movimento Revolucionário“ Demonstrationen mitorganisiert. Sein Name war jedoch schon vorher in Angola bekannt. Kurz vor seiner Pubertät schnitt Nito Alves, Jahrgang 1996, Zeitungsausschnitte aus kritischen Medien über die soziale Misere und die Korruption der Elite aus und klebte sie auf ein Brett. Dieses stellte er tagtäglich auf der Straße vor dem Wohnhaus seiner Eltern auf und lockte so viele Personen auf dem Weg zu ihrer Arbeit zum Verweilen an. Dies brachte ihm schon als Minderjähriger den Ärger des angolanischen Repressionsapparates ein. So wurde er zum Beispiel am 12. September 2013 verhaftet, weil er ein T-Shirt trug mit der Aufschrift „José Eduardo raus“ und 20 weitere solcher Shirts in seinem Viertel verteilen ließ. Das war die Geburt eines ungeschriebenen Strafgesetzes in Angola, von der Bevölkerung spöttisch „crime da camisola“ genannt.

Am 6. Juni 2017 war Alves wieder auf der Straße. Seine Forderung diesmal: Die Freilassung von sieben Mitstreitern, die Ende April festgenommen und in einem Schnellverfahren zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt worden waren. Sie hatten friedlich für die Abhaltung freier und fairer Wahlen in Angola demonstriert. „Die Wahlen, so wie sie hier in Angola abgehalten werden, sind eine Farce“, sagt Alves in einem Interview mit der Deutschen Welle. „Solange Angola diktatorisch regiert wird, werden die Wahlen immer wieder manipuliert werden.“

Wahlfälschung mit Ansage

Auch die größte Oppositionspartei Unita hat in allen Provinzen des Landes zu Demonstrationen gegen „fehlende Transparenz im Wahlprozess“ aufgerufen. Am 3. Juni 2017 folgten Hunderttausende diesem



Aufruf. Allein in Angolas Hauptstadt Luanda gingen 50.000 Unita-Anhänger auf die Straße. Ihr Vorwurf: Die Wahlfälschung sei jetzt schon in vollem Gange. Zwei ausländische Logistik- und Softwareunternehmen, die schon bei vergangenen Wahlen negativ aufgefallen seien, waren erneut mit der logistischen Vorbereitung und Durchführung der Wahlen beauftragt worden. Nach der landesweiten Protestdemo versprach die Wahlkommission CNE zwar, einem Teil der Unita-Forderungen nachzukommen, etwa das Wahlregister von einem bestellten Konzern prüfen zu lassen, sie hält aber an den beiden Unternehmen fest. Bei den in der Kritik stehenden Firmen handelt es sich um SINFIC aus Portugal und INDRA Sistemas aus Spanien, sagt Raul Danda, Vizepräsident der Unita, im Interview mit der Deitschen Welle. Der Staatsauftrag, der an diese Firmen gegangen sei, lasse bei seiner Partei alle Alarmglocken läuten: „Die Bekanntmachung der Öffentlichen Ausschreibung war an einem Freitagabend. Und fünf Tage später hatten die besagten Firmen schon einen Kostenvoranschlag mit allen notwendigen Unterlagen präsentiert. Dieser wurde sofort akzeptiert."

Auch der Auftrag zur Wahlregisterprüfung durch ein multinationales Unternehmen lief nicht gesetzeskonform, deshalb besteht die Opposition auf ihren Forderungen, u.a. die Logistik- und Softwareunternehmen auszuschließen.

Zweifel an Unabhängigkeit der Wahlkommission

Ein anderer problematischer Punkt ist die Zusammensetzung der Wahlkommission. Zu viele Mitglieder stünden der regierenden MPLA nahe, meint die Opposition. Zum Verantwortlichen für die Wählerregistrierung und Wahlorganisation ist Bornito de Sousa ernannt worden. Der ist gleichzeitig Minister für Gebietsverwaltung und Nummer zwei auf der MPLA-Wahlliste. Proteste dagegen haben Regierung und MPLA bislang stets ignoriert. Die Kritik lassen sie an sich abprallen, auf Anfragen von kritischen Journalisten reagieren sie nicht.

„Die Regierung hat ihre Leute an den wichtigsten Schaltstellen platziert. Es gibt keine wirklich unabhängige Figur in den Instanzen, die die Wahlen abhalten und kontrollieren", sagt auch Aktivist Alves.

Warum spielt die Opposition mit?

Alves kritisiert auch die Opposition: Sie übe zu wenig Druck auf die Regierung aus. „Die Unita sitzt im Parlament. Als solche wird sie – zumindest zum Teil – vom bestehenden System alimentiert", so Alves zur Begründung.

Der angolanische Schriftsteller José Eduardo Agualusa beobachtet seit Jahren „eine Pervertierung des politischen Systems" in Angola: Man halte alle fünf Jahre Wahlen ab und ziehe das Spiel perfekt durch, solange der Wahlsieg der MPLA garantiert bleibe. Solange die Oppositionsparteien dieses Spiel mitspielten, würden sie mit üppigen Abgeordnetenbezügen, Geschenken und Privilegien auf Staatskosten belohnt.

„Das Regime muss dafür sorgen, dass die Wahlen wirklich fair sind. Und das muss von internationalen Instanzen überwacht werden. Wenn das nicht geschieht, sollte die Opposition diese Wahlen boykottieren", sagte Agualusa anlässlich der Präsentation eines neuen Buches über Oppositionsbewegungen in Angola der DW.

Das Regime fürchtet die Jugend

Bei den vergangenen Wahlen wurde der Vorwurf des Wahlbetrugs immer wieder beiseite geschoben. Auch internationale Wahlbeobachter hatten in der Vergangenheit die Wahlen in Angola als „frei, gerecht und transparent" bezeichnet. Es waren die Jugendlichen, die sich bei den letzten Wahlen im Jahr 2012 als Gruppe koordinierten und landesweit eine aktive Wahlbeobachtung organisierten. Sie sammelten viele Beweise über Wahlfälschung, die sie auch elektronisch veröffentlichten und archivierten. Noch heute lassen sich die Spuren der letzten Wahlfälschung und -manipulation auf ihrer Internetseite „centralangola7311.net" einsehen: Leere Wahlregister mit jeweils über 500 registrierten Bürgerinnen und Bürgern, die am Wahltag in der Hauptstadt von Bewohnern aus dem Müll gefischt wurden. Die Betroffenen konnten deshalb nicht wählen. Entdeckt wurden auch gefälschte angolanische Personalausweise, mit denen z.B. chinesischen Arbeitskräften illegaler Zugang zu den Wahlurnen gewährt wurde.

Inzwischen unterhalten die Jugendlichen um diese Bewegung ihren eigenen Internet-Fernsehsender CTV. Je brutaler und rigoroser das Regime vorgeht, desto stärker wächst der Widerstandswille dieser Jugend. Mittlerweile gewinnt sie viel Sympathie und breitet sich in den großen Städten des Landes aus. Diese Jugend Angolas, die marginalisiert und ohne ein funktionierendes Bildungssystem mit ihren Familien in den Musseques haust, in denen es kein Strom und sauberes Trinkwasser, geschweige denn ein vernünftiges Gesundheitssystem gibt, hat das Internet als Forum entdeckt. Dort informiert sie sich darüber, wie die MPLA-Herrschaft ihr Land trotz der vorhandenen Reichtümer herunter gewirtschaftet hat. Und sie nutzt das Internet, die Regierungspartei entschieden herauszufordern. An freie Wahlen glaubt sie längst nicht mehr, es geht den Jugendlichen darum, den Autokraten dos Santos zur Strecke zu bringen.

Während Demonstrationen der Opposition gelegentlich genehmigt werden, bleiben die Proteste der Jugendbewegung illegal. Nito Alves erklärt sich das so: „Die angolanischen Machthaber haben Angst vor der angolanischen Jugend, weil sie furchtlos und unabhängig ist: Wir sind entschlossen, solange auf die Straßen zu gehen, bis es wirklich transparente Wahlen in Angola gibt." Es sind ihre Protestaktionen und deren Wirkung, die dem Regime seit der willkürlichen Inhaftierung der „15+2" große Sorge bereiten. Denn sie decken von den Augen der Weltöffentlichkeit das wahre Gesicht des angolanischen Unrechtssystems auf. **>> Antonio Cascais**

Der Autor ist freier Journalist.
Ein Kurzfassung seines Beitrags erschien am 7.6.2017.
http://p.dw.com/p/2eHWZ



MCK-Konzert in Lobito. Foto: Omunga

Rappen gegen das Regime

VIER RAP-MUSIKER IN ANGOLA: Sie stehen an der Spitze einer unterschätzten Jugendprotestbewegung, die langsam aber sicher das angolanische Regime zu Fall bringen könnte.

Musik als ein Mobilisierungsfaktor für den Widerstand einer unterdrückten Bevölkerung gegen repressive Regime, das ist keine neue Erkenntnis. Dass aber eine Partei wie die MPLA, die als ehemalige Befreiungsbewegung einst revolutionäre Musik im Kampf gegen 500 Jahre portugiesische Kolonialherrschaft einsetzte, die Sprengkraft populärer Lieder vergessen hat, lässt sich nur mit ihrer nun 42 Jahre andauernden Alleinherrschaft erklären. Die Vertreter der Regierungspartei haben auch vergessen, wie man für das alltägliche Wohl und die Ernährungssicherheit des Volkes sorgt. Vielmehr hat man sich darum gekümmert, wie die Rohstoffe geplündert, ihre Erlöse gestohlen und die Staatskassen leer geräumt werden können. Und dann machten sie aus der Korruption auch noch die einzig funktionierende „Institution" des Landes, ohne die dort nichts geht. Kritiker und Journalisten der unabhängigen Medien werden unterdrückt und ermordet. Freies Denken gilt als strengstens verboten.

Brigadeiro 10 Pacotes: selbsternannter Revolutionär

Dann kam ein junger Mann aus den einfachen Verhältnissen der angolanischen Hauptstadt. Er ließ sich nach eigenen Angaben von diesen kritischen Geistern und Zeitungen inspirieren, um Anfang der 2000er-Jahre sein Debütalbum mit dem Titel „O governo Toca Mais Uma Guitarra" zu veröffentlichen. Der aus den Ghettos aufgetauchte Rap-Musiker gab sich selbst den Künstlernamen „Brigadeiro 10 Pacotes" und erklärte sich zum „Revolutionsführer der Jugendlichen" Angolas. Allein die Tatsache, dass ein Junge aus armen Verhältnissen die angolanische Elite mit seinem Gesang so mutig an den Pranger stellte und ihre Korruptheit als Grund aller Misere offenbarte, war eine große Sensation für die Menschen. Obwohl das angolanische Regime mit einem Veröffentlichungsverbot auf sein Album reagierte, verbreitete sich die Musik rasant. Sie fand ihre Vertriebskanäle über die Tausenden von Candongueiros, die informellen Verkehrsmittel der Großstädte Angolas. So wurde Brigadeiros 10 Pacotes auch unter Kleinkindern bekannt. Er gehört zu den Künstlern, dessen Werke jedes Mal der staatlichen Zensur zum Opfer fallen.

Manchmal kann er sehr polemisch sein, was seiner wachsenden Popularität keinen Abbruch tut. Seine Stimme ist im Widerstand der angolanischen Jugendlichen gegen Korruption, Vetternwirtschaft, Hunger, Ausplünderung, schlechte Regierungsführung und Machtmissbrauch nicht mehr wegzudenken. Der selbst ernannte Revolutionär Brigadeiro 10 Pacotes hat Angolas Jugend nach der Bürgerkriegszeit mit seinen Rap-Texten angesteckt, er hat den Weg für eine angolanische Rap- und Untergrundprotestkultur geebnet.

MC Kappa: Mobilisierer der Jugend

Kurz danach und nahezu parallel tauchte in den Jahren nach 2002 ein zweiter Künstler auf namens MC Kappa, kurz MCK. Er ließ sich vom Mut seines Musikerkollegen inspirieren, machte jedoch seine eigene Karriere. MCK kam aus den gleichen armen Verhältnissen, wie Brigadeiro 10 Pacotas wuchs er in einem der Vororte Luandas auf. Beide verbindet von Anfang an etwas Gemeinsames: Sie stimmen die angolanische Jugend gegen das korrupte Regime unter José Eduardo dos Santos und seiner Regierungspartei MPLA ein. Sie haben in den letzten 15 Jahren ihr Selbstbewusstsein im Kampf für Bürger- wie Menschenrechte gestärkt.

Auch wenn MCK über Liebe singt, ist seine oft poetische Musik immer von einer kritischen Melodie gegen die Raubkultur der Machthaber eingefärbt. MCK ist überall präsent und hat sich trotz seiner Berühmtheit nie von seinen Wurzeln entfernt. Oft tritt er in den Musseques, den Ghettos der Städte, auf. Von dort stammen auch seine jungen Komparsen für seine Video-Clips. So zeigt er diesen Jugendlichen, dass sie es gemeinsam trotz aller Widrigkeiten schaffen können. Damit konnte MCK ganze Scharen von Ju-



gendlichen überall im Land mobilisieren. Mit seinem 2006 erschienenen zweiten Album gab er den Jugendlichen spirituelle Nahrung: „Nutrição Espiritual“, wie der Titel des Albums heißt. Es wurde sogleich verboten, und fünf Jahre lang wurde es still um den Künstler, weil er ins Exil verbannt wurde.

Carbono Casimiro: Der Techniker und Vermarkter

Während die Untergrundkultur in der Hauptstadt Luanda sich ohne ihre Helden der Rap-Musik weiter entwickelte, tauchten neue Künstler aus völlig anderen sozialen Verhältnissen auf. Carbono Casimiro war so einer, er hatte Informatik studiert und mischte 2010 die DJ- und Jugendszene bis in die Ghettos hinein auf. Nach dem arabischen Frühling Ende 2010 war er als Bürgerrechtler eine der treibenden Kräfte bei den Vorbereitungen für die erste friedliche Protestdemonstration von Jugendlichen in der Geschichte Angolas. Sie fand am 7. März 2011 in Luanda statt und wurde dann von Sicherheitskräften mit exzessiver Gewalt niedergeschlagen.

Carbono gilt als der Techniker der Jugendbewegung, all die Jahre über hat er den Protestmusikern und Rappern die Infrastruktur zur Produktion ihrer Werke oder Videos zur Verfügung gestellt. Seit er fast zwei Monate nach dieser Protestdemo gemeinsam mit 15 weiteren Mitstreitern 45 Tage im Gefängnis saß, wurde er immer wieder Opfer von willkürlicher Verhaftung und Folter durch die Sicherheitsorgane Angolas. Oft entkam er nur knapp einer Verschleppung, bis die angolanische Polizei 2015 seine Arbeitsmaterialien bei einer Durchsuchungsaktion beschlagnahmte, nachdem die „15+2“-Jugendlichen des sogenannten Buch-Klubs am 20. Juni des Jahres wegen angeblichen Umsturzversuchs inhaftiert worden waren. Trotz einer juristischen Beschwerde hat er seine Ausrüstung bis heute nicht zurückerhalten.

Carbono Casimiro ließ sich nicht entmutigen, er singt und produziert weiter seine Kunst und vermarktet inzwischen sogar sein eigenes Marken-Label für Trainingsanzüge gegen die Diktatur und die „Anti-Demokraten“, wie er sagt.

Luaty Beirão: „Widerspenstige Rapper“ und verlorener Sohn des Regimes

Luaty Beirão, mit Künstlername „Ikonoklasta“, auch als „Brigadeiro Matafrakus“ über Angolas Grenze hinaus bekannt, ist ein Weggefährte Carbono Casimiros. Gemeinsam mit diesem hat er die historische Protestdemo vom 7. März 2011 in der angolanischen Hauptstadt organisiert. Luaty, der auch einen portugiesischen Pass besitzt, ist der Sohn des früheren und inzwischen verstorbenen Vorsitzenden der Privatstiftung von Präsident dos Santos, der „Fundação Eduardo dos Santos“ (FESA). Sein Vater João Beirão, ein Mitglied der regierenden MPLA, hat aus ihm das gemacht, was er heute geworden ist, sagt Luaty oft, in dem er ihm gute Bildung ermöglichte und ihn zum Freidenker werden ließ.

Der 1981 geborene Luaty entdeckte den Hip-Hop im Jahr 1994, als seine Verwandten aus Frankreich nach Angola zu Besuch kamen. Trotz der privilegierten Position seiner Familie in der angolanischen Gesellschaft scheute er nicht den Kontakt zu seinen Mitbürgern in den Ghettos der Hauptstadt, die von exzessiver Gewalt gekennzeichnet sind und in denen die extreme Armut als Realität Angolas zutage tritt. Gerade in diesen Armenvierteln baute er mit seinen Mitstreitern eine alternative Infrastruktur für eigene Produktionen wie für Konzerte auf, die zu Treffpunkten für einen Großteil der Jugend Luandas wurden. Damit wurde Luaty zu einem der Anführer der angolanischen Jugendprotestbewegung und späteren Mitbegründer jener weit über Angolas Grenzen hinaus bekannt gewordenen Gruppe, die sich der Reflexion eines Buches des US-amerikanischen Autors Gene Sharp über „Gewaltfreie Überwindung der Diktatur“ widmete und dann dem angolanischen Sicherheitsapparat zu Opfer fiel. Zwischen dem 20. Juni 2015 und dem 29. Juni 2016 saß er auf Anordnung von Präsident dos Santos höchstpersönlich mit allen anderen 16 Gruppenmitgliedern wegen „Umsturzversuchs“ im Gefängnis und wurde misshandelt und gefoltert.

Während seiner Haft trat Luaty Beirao in einen langen Hungerstreik von 36 Tagen. Damit lenkte er die internationale Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtssituation und staatliche Gewalt in Angola und sorgte dafür, dass das Regime sich gegenüber seinen Partnern im Ausland diskreditierte. Dieser „15+2“-Fall trug dazu bei, den langsamen Zersetzungsprozesses von dos Santos innerhalb der Regierungspartei einzuleiten.

Sowie der Protest-Rapper Luaty und alle anderen 16 Mitglieder seiner Gruppe seitdem als „persönliche Gefangene des angolanischen Präsidenten“ galten, so erhoffen sich die Jugendlichen um diese revolutionären Rapper langsam aber sicher das Ende des Diktators und seines Regimes. Das letzte gemeinsame Konzert von Luaty und MCK vom November 2016 wurde von der Polizei ebenso verboten wie das jüngste Album von Brigadeiro 10 Pacotes. Trotzdem geben sich diese Musiker nicht geschlagen. Die Zeiten in Angola stehen auf Übergang, die Diktatur wird untergehen. Dazu haben diese Rapper ihren Beitrag geleistet. Es lebe die Kunst und der Freigeist!

>> Emanuel Matondo



Der Kambwá-Hund bringt uns alle um

AUSZÜGE AUS „O KAMBWÁ ESTÁ NOS MATAR“ VON BRIGADEIRO 10 PACOTES

Yo, Yo, Yo, Angola – keiner hat mehr Lust drauf
weil die Verantwortlichen nur halb so viel denken
Es gibt kein ernstzunehmendes Gesellschaftsprojekt
dem Bürger ein Leben in Würde zu schenken

Gesundheitspolitik hat noch nie an erster Stelle gestanden
Sumpffieber, Malaria sind die häufigsten Todesursachen
Mehr als sechstausend Leute kommen daran um, jedes Jahr
Mehr als 100 Beerdigungen pro Tag in Luanda sind normal
Sterben ist Mode geworden, dem Hund ist das Leben egal

Wir leben mit Wassermangel, ohne elektrischen Strom
in verdreckten Wohnvierteln in prekärer hygienischer Situation
in Städten und an Stadträndern umgeben vom Müll
Das Gesundheitssystem ist völlig marode
Abwassersysteme sind nicht existent
Offene Kloaken, stehendes Wasser, Überschwemmungsgebiete
die noch mehr dazu beitragen, dass sich die Mücken vermehren
Auf den Straßen kein Teer mehr, in den Hochhäusern gehen die Aufzüge nicht
In Gebäuden mit Einschusslöchern, die noch vom Krieg sind
und die schon zusammenbrechen, während noch Leute drin wohnen

Es fehlt an Bildung überall, das Bildungsniveau ist erschreckend gering
Es ist besorgniserregend, es gibt keine Lesekultur mehr bei der Jugend
Und anstatt für ihr Geld Bücher zu kaufen, gehen sie lieber Trinken
Das haben sie so gelernt, die Partei hat ihnen die Schule genommen
und ihnen dafür die Getränke gegeben
Deswegen ist jedes Wochenende hier Marathon
und erst recht in den Zeiten vor einer Wahl
Sie vergiften die Köpfe der Leute mit Cuca und Nocal
geben den Hungernden Häppchen und Hühnchen vom Grill

Der Kambwá-Hund bringt uns alle um

Sie haben den Import von Autos verboten, die älter sind als drei Jahre
weil die Importeure von Neuwagen Freunde des Chefs sind
Und um die Konkurrenz anderer Importeure damit auszuschalten
haben sie das Leben aller Angolaner erschwert
für die Geschäfte der Kinder des Chefs

Dies ist ein Land, so gesegnet von Gott
das über gigantische Bodenschätze verfügt
genug, um all seinen Kindern ein Auskommen zu bieten
Dieses Land besitzt eine riesige Landwirtschaft
die alle Familien unseres Kontinents satt machen könnte
Ist das Land mit dem weltweit größten Wirtschaftswachstum
doch davon kommt leider nichts bei den Leuten an
die unter der Armutsgrenze leben, es ist eine Schande
Es ist kaum zu glauben, doch was ich hier belle, ist wahr
Die Straßen sind Marktplätze geworden, Überlebenscamps
Fluchtpunkte im Überlebenskampf
Männer und Frauen und Kinder, gezwungen, in der Gosse mit jedem Geschäfte zu machen
Werden brutal gefoltert von der Polizei
von der Polizei, die den Leuten, die schon nichts haben, ihre Sachen wegnimmt
Leuten, die längst schon am Rad des Ruins sind
So sieht es aus, für die Augen, die sehen wollen

Arme Frauen, die sie anbieten, als billige Ware der Lust
Junge Leute, die Taxi fahren, um etwas zu Essen zu haben
Autos waschen, Schuhe putzen und betteln am Straßenrand
Das Volk ist zur Geisel der derzeit Regierenden geworden
die nichts tun für das Individuum

Der Kambwá-Hund bringt uns alle um

Der Kambwá hat die Basis geschaffen für den Machterhalt
Das System hat gehorsame Marionetten hervorgebracht
Nach den Wünschen der MPLA und ihres Präsidenten
hat kongolesische Bürger als Milizionäre engagiert
Vorsicht, Polizei, geheime Agenten des Staates
Arbeiten nach Anweisung der Macht, vergewaltigen
Foltern gnadenlos, sperren ein
mit Schilden, Eisenstangen, Stromkabeln
Akte der Barbarei gegen friedliche Demonstranten
die nach politischen, wirtschaftlichen Verbesserungen schreien
und nach einer Gesellschaft, die gerecht ist und frei

Übersetzung: Michael Kegler
Video: https://www.youtube.com/watch?v=eVrGenr5EKw

Der Vertreibung und den Folgen des Klimawandels schutzlos ausgeliefert

FRAGEN AN PADRE PIO ZU DEN AGROPASTORALEN GEMEINDEN IM SÜDEN ANGOLAS. In der afrika süd Nr. 3, 2017, haben wir über die Zwangsvertreibungen in Cunene im Bezirk Curoca berichtet. Viele Familien mussten dem Bauvorhaben für ein Agro-Business-Projekt weichen. Es ist Bestandteil eines umfassenden, von der Regierung geförderten und vom angolanischen Unternehmer Silvestre Tulumba geplanten Großvorhabens „Horizonte 2020". Wir haben Padre Jacinto Pio Wacussanga zum Stand der Zwangsvertreibungen und über die Folgen des Klimawandels auf den Süden Angolas befragt.



Padre Pio, Sie haben sich gemeinsam mit anderen Menschenrechtsaktivisten für die betroffenen Gemeinden eingesetzt. Wie geht es den Zwangsvertriebenen jetzt? Haben sie eine angemessene Entschädigung bekommen?

Ich stand seit Beginn dieses „Horizonte 2020" genannten Projektes in Kontakt mit der Bevölkerung. Angesichts der drohenden Landbesetzung und Zwangsvertreibung baten uns 39 Gemeinden, darunter fünf ethnische Minderheitengruppen, um Unterstützung. Darunter waren auch Frauen und Kinder, deren Männer nicht Zuhause waren, weil sie woanders in Angola Arbeit haben oder auf Farmen im angrenzenden Namibia angestellt sind. Die lokalen Führer standen angesichts des Drucks, der von den Projektmanagern und ihren Polizeihelfern auf die Gemeinden ausging, auf verlorenem Posten. Über sechs Monate waren die Gemeinden dem anhaltenden Druck, das Land ihrer Geburt verlassen zu müssen, ausgesetzt.

Die Projektverantwortlichen arbeiteten mit allerlei schmutzigen Tricks und versuchten, einige der wichtigsten Familienoberhäupter zu bestechen. Es gelang ihnen, 22 Familien zum Verlassen ihres Landes zu bewegen. Die Frage war nur: wohin? Die Projektverantwortlichen haben immer wieder eine Entschädigung versprochen, doch sie trafen keinerlei Vorkehrungen, die Vertriebenen in andere Regionen umzusiedeln. Tatsächlich wird sämtliches Land in Curoca für die Viehhaltung genutzt, denn in der Trockenzeit gibt es kaum ausreichend Weideflächen. Eine Umsiedlung wäre ein Alptraum für die Menschen.

Die 22 Familien, die sich zum Gehen überreden ließen, suchten vergeblich in Namibia ihr Glück, streunten nach ihrer Rückkehr an verschiedenen Stellen herum, fanden aber nirgends Platz zum Bleiben. Sie haben ihren Besitz und mangels geeigneten Weidelandes auch einen Teil ihres Viehs verloren. Niemand lässt sich freiwillig vertreiben. Die Zwangsvertreibungen sind einmal mehr ein Auslöser für wachsende Unsicherheit und Verarmung der lokalen Bevölkerung. Die anderen Gemeinden konnten von der bitteren Lektion der 22 Familien lernen, doch für diese sieht es düster aus: Es gab keine angemessene Entschädigung und es wird sie auch in Zukunft nicht geben.

Der Unternehmer Silvestre Tulumba soll auch in der Gemeinde Uaba in der Huila-Provinz im Rahmen seines Mega-Projektes 13.000 Hektar fruchtbares Land beanspruchen. Dort sollen sich die Kleinbauern mit Macheten, Speeren und Äxten gegen die Eindringlinge gewehrt haben? Was wissen Sie über den Stand der Dinge in Uaba?

Nach all dem, was wir wissen, war die Uaba-Gemeinde, die zum Verwaltungsbezirk Caconda gehört, das erste Ziel von Tulumba, bevor er nach Curoca in der Nachbarprovinz Cunene ging. Uaba ist eine von drei Gemeinden in Caconda, verfügt über sehr fruchtbares Land mit Wasserquellen und genügend Feuchtigkeit für die Trockenzeit. Doch Tulumba scheiterte dort: Als die Menschen seine wahren Absichten erkannten, nahmen sie, was zu greifen war – Macheten, Schaufeln, Speere und Steine – und attackierten damit die Wagenkolonne von Tulumba. Dieser hat sich bislang nicht getraut, dort wieder aufzutauchen. Gerüchte über einen neuen Versuch wurden von der lokalen Bevölkerung nicht bestätigt. Uaba hat also wegen dieser Erfahrungen einen ganz anderen Verlauf genommen als Curoca.

Bei der Zwangsvertreibung in Curoca haben General Kundi Paihama, aktueller Gouverneur von Cunene, und Präsident dos Santos eine entscheidende Rolle gespielt. Welche Interessen verfolgen die Regierung und einflussreiche Politiker bei den Zwangsvertreibungen?

Die Hauptargumente, die von der Verwaltung, den Ministern und Gouverneuren vorgebracht werden, ist die angestrebte Diversifizierung der angolanischen Wirtschaft nach dem Verfall des Ölpreises auf dem Weltmarkt. Aber es ist kein Geheimnis, dass





es auch eine Art versteckter Agenda von Seiten vieler Kabinettsmitglieder gibt, sich so viele Ressourcen wie möglich anzueignen. Allem Anschein nach wollen sie die Regierung nicht verlassen, ohne eine Trophäe in den Händen zu halten. Sie plündern praktisch alles, einschließlich des Landes und natürlicher Ressourcen, zu Lasten einer wirklichen Diversifizierung der Wirtschaft.

Schauen wir uns ihr Vorgehen in verschiedenen Provinzen des Landes an: In Moxico und Kuando Kubango hat der mit chinesischen Firmen vorgenommene Holzeinschlag Höchstwerte erreicht. Das hat mit Sicherheit gravierende Auswirkungen auf die Umwelt.

Die verheerenden Folgen dieser ungezügelten Erschließung von Ressourcen werden in den nächsten Jahrzehnten überwältigend sein. Die Zerstörung der Biodiversität, das klimabedingte Austrocknen der Flüsse, das Schwinden von Wasserquellen und Nahrung – all das wird sich auf das Niederschlagsmuster auswirken, ganz abgesehen von der zunehmenden Wüstenbildung aus der Namib- oder der Kalahari-Wüste.

Es gibt noch weitere gärende Konflikte im Zusammenhang mit Landgrabbing:

Im Kreis Matala in der Huíla-Provinz sollte die Bevölkerung von vier neuen Großfarmen, eine mit chinesischer Beteiligung, gewaltsam vertrieben werden. Zumindest bei zwei Farmen wurde so vorgegangen, eine Entschädigung gab es bisher nicht. In den beiden anderen Fällen misslang die Landbesetzung, weil die Betroffenen sich mit Macheten, Speeren und allem, was sie greifen konnten, gegen die Angreifer wehrten. Das ist ein deutliches Anzeichen für potenzielle Gewalt, die sich eines Tages Bahn brechen kann.

Im Landkreis Cuvango, ebenfalls Huíla-Provinz, hat ein Unternehmer 700 Hektar Land besetzt. Die Menschen sind dort sehr beunruhigt. Auch hier gab es keine Entschädigung. Der Unternehmer hat bereits mit dem Anbau von Reis begonnen.

Auch im Fall von drei weiteren besetzten Farmen im Landkreis Kuvelai in der Cunene-Provinz sind die betroffenen Menschen in großer Sorge vor den Folgen. Sie sehen sich durch die Besetzung ihres Landes und ihrer Territorien getäuscht.

Bei all diesen und vielen weiteren Fällen von Landbesetzungen hat es den Anschein, als wollten Regierungsmitglieder noch schnell alles mitnehmen, bevor dieses von der herrschenden Partei begünstigte System endet. Wir sollten uns daran erinnern, dass es solche Handlungen waren, die die Menschen in der Kolonialzeit dazu brachten, mit einem bewaffneten Aufstand für unsere Unabhängigkeit zu kämpfen.

Was können die angolanischen Menschenrechtsorganisationen tun, um die Rechte der von Ackerbau und Viehhaltung lebenden ländlichen Bevölkerung und von ethnischen Minderheiten in Angola zu stärken?

Wir müssen vor allem stärker werden, besonders jene Organisationen, die im Zentrum und Süden Angolas tätig sind und vor ähnlichen Problemen stehen. Als Teil dieser agropastoralen Region fühlen wir uns noch sehr schwach in Bezug auf eine adäquate Antwort auf die übergreifenden Vorhaben der Regierung, die diese in Absprache mit der Geschäftswelt und manchmal auch in Partnerschaft mit internationalen Institutionen und Banken durchführt. Wir müssen stärker werden, um diese riesigen Herausforderungen von mächtigen, hinter den Kulissen tätigen Interessen zu bewältigen.

Am 19. Juli werden sich die im Zentrum und Süden Angolas ansässigen Nichtregierungsorganisationen in Lubango zu einem Workshop treffen. Dort geht es um gemeinsame Strategien gegen die rasant zunehmenden Landbesetzungen der Elite und die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Gemeinden. Wir werden dort ein kleines Komitee mit einem Führungsteam und einem Schwerpunkt wählen, um die Interessenvertretungspläne mit lokalen Gemeinden zu erarbeiten, die von Landgrabbing und der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen betroffen sind. Wir müssen uns mit Lobbyarbeit an die Regierung und regionale wie internationalen Institutionen und Gremien wenden. Wir müssen im Inneren unsere Fähigkeiten und nach Außen hin effektive Aktionspläne entwickeln, um Lobbyarbeit, juristische Schritte und internationale Kampagnen durchzuführen.

Die südlichen Provinzen Angolas sind seit Jahren, vor allem seit Ende 2012, von einer anhaltenden Dürre betroffen. Ca. eine Millionen Menschen sollen vom Hunger bedroht sein. Welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf diese Region? Und was hat die Regierung bislang getan, um die Not zu mindern?

Die Auswirkungen der anhaltenden Dürre als direkte Wirkung des Klimawandels sind verheerend. Hunderte von Rindern sind in der ganzen „Milchregion“ (Huíla, Namibe und Cunene) verendet. Mehr als eine Million Menschen sind langfristig auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Als Teil der zivilgesellschaftlichen Bemühungen haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Regierung Nothilfeprogramme zur Lieferung von Lebensmitteln auflegt, aber bis heute – mit sehr wenigen Ausnahmen von kurzlebiger Hilfe – gibt es keine solchen Programme.

Wir haben vorgeschlagen, dem Beispiel der Regierungen von Namibia und Brasilien zu folgen. Dort wurde eine Art Lebensmittelkorb zusammengestellt, der den betroffenen Familien regelmäßig zukommt. Langfristig ist es neben der Landwirtschaft auf Regenbasis entscheidend, ein Bewässerungssy-



stem zu fördern, das auf Grundwasser zurückgreift, das vielerorts zu finden ist. Mit Unterstützung von geologischen Studien könnte die Machbarkeit der Wassergewinnung aus großen Flüssen in Betracht gezogen werden. Deshalb sollten wir mit Namibia, Brasilien, Südafrika, Botswana und anderen Ländern Afrikas zusammenarbeiten, besonders mit der Sahel-Region, die schon in den 1970er Jahren solche Erfahrungen gemacht hat.

Mit dieser im Korruptionssumpf versunkenen Regierung, die unter einem endemischen Mangel an Vision leidet, ist es ist völlig unmöglich, irgendein seriöses Projekt zur Abmilderung des Klimawandels durchzuführen.

Ich habe an vielen Treffen über die Folgen von Dürre, Hungersnot, zum Aufbau von Resilienz und all diese gestelzten Fachbegriffe teilgenommen, aber es gibt keine einzige Initiative von Seiten der Regierung, um Vertrauen aufzubauen und die Hungersnot sowie alle anderen Folgen der Dürre zu bekämpfen. Der Notfallplan bleibt ein Stück Papier, seine Umsetzung scheint ein Ding der Unmöglichkeit.

Die einzige Möglichkeit für Veränderung besteht darin, kleine, aber sehr pragmatische und integrierte Projekte einzuführen, die der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und Viehhaltung einen Schub verleihen, indem sie auf natürliche und saubere Energie wie Biogas und Sonnenkollektoren in den lokalen Gemeinden bauen und letztere mit Wissensübertragung und Technologie ermächtigen. Sobald der Anbau auf ihren kleinen Farmen beginnt, muss ihnen geholfen werden, einen Teil ihrer Produktion zu verarbeiten, während ein anderer Teil über gerechte Handelssysteme in andere Länder Afrikas exportiert werden kann.

In diesem Sinne möchte die Mission Santo António im Gambos-Bezirk ein kleines agro-ökologisches Projekt beginnen. Sie will Jugendliche aus den am stärksten von Dürre und Hungersnot betroffenen Regionen dazu ermutigen, mit natürlichen Mitteln Nahrung für den Eigenbedarf zu produzieren, und ihnen dabei helfen, die verschiedenen Werkzeuge zur Bewältigung der Nahrungsmittelunsicherheit in ihren Ursprungsgemeinden zu erlernen.

Sie hatten am 7. Juni 2017 eine öffentliche Anhörung im europäischen Parlament in Brüssel und informierten über die Menschenrechtsverletzungen. Wie hat die EU darauf reagiert? Steht die zugesagte 65-Mio.-Euro-Hilfe für die Dürreopfer im Süden Angolas damit im Zusammenhang?

Die Reaktion der EU und des europäischen Parlaments auf meine Intervention betrachte ich als Erfolg. Wir konnten erfahren, dass es dort nur spärliche Informationen zu einem aktuellen System gibt. Wir bereiten Pläne zum Start dieser Initiativen vor, um den Menschen bei der Nahrungsmittelversorgung zu helfen und um umweltorientierte Projekte zu fördern.

Wir glauben feste an diese kleinen Initiativen. Auf lange Sicht können sie Einfluss auf zwischenstaatliche Strukturen haben. Andererseits brauchen wir ein ernsthaftes Engagement von Seiten der EU über die Bestimmungen des Cotonou-Abkommens: Wenn die EU Afrika bei einer nachhaltigen Entwicklung helfen will, dann müssen sich auch die Formen der Zusammenarbeit vor allem mit zivilgesellschaftlichen Akteuren ändern. Ein besonderer Fokus sollte auf den Finanzierungsrichtlinien liegen. Es ist in der Tat ein Alptraum, Zugang zu den EU-Finanzierungsmechanismen zu bekommen. Es sind andererseits diese kleinen, aber sehr effektiven NRO- und Kirchenstrukturen, die an der Basis aktiv sind. Die EU muss strategische Optionen mit strategisch ausgewählten Bereichen und strategischen Partnern entwickeln.

Es ist schwer zu sagen, ob die 65-Millionen-Euro-Finanzierung ein Ergebnis unseres Besuchs ist. Sie kommt jedenfalls zum richtigen Zeitpunkt, da wir uns darauf vorbereiten, uns an die EU-Delegation in Angola zwecks Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels zu wenden. Die zugesagten Gelder müssen den lokalen Gemeinden und Organisationen an der Basis, den Kirchen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich wirklich mit den Problemen beschäftigen, zugute kommen. Wenn wir diese Gelegenheit verpassen, werden die Folgen des Klimawandels in den nächsten zwölf Jahren gewaltig, die Auswirkungen tödlich sein. Nur sehr wenige Menschen werden dann so mutig sein, die Folgen zu bewältigen.

Padre Jacinto Pio Wacussanga ist Vorsitzender der Nichtregierungsorgnisationen ACC (Associação Construindo Comunidades) und ANO (Ame Naame Omunu).

Das Interview wurde von Emanuel Matondo und Lothar Berger geführt.

Alle Bilder: Folgen der Zwangsumsiedlung in Luanda. Fotos: SOS-Habitat



Foto: Lukasz Z - stock.adobe.com

Ende der Öl-Bonanza

ANGOLAS FINANZKRISE UND DIE AUSWIRKUNGEN DES ÖLPREISVERFALLS: Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, Stagnation und Rezession der Wirtschaft, Steuerausfälle und Staatsverschuldung – all das sind Folgen einer Wirtschaftspolitik, die allein auf den Öl-Boom baute und alles andere als vorausschauend war. Auf Angolas Finanzlage kommen schwere Zeiten zu.

Die Widerstandskraft der angolanischen Wirtschaft gegenüber Schocks von außen ist relativ gering, kleine Korrekturen des Ölpreises reichen aus, um alle Systeme negativ zu beeinflussen. So war es 2009/2010 und zuletzt 2014, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte, als der Preis für ein Barrel Öl um fast 45 Prozent fiel. Den Exporteinnahmen – von denen die Fähigkeit zur Finanzierung der Wirtschaft in dramatischer Weise abhängt – stehen Importe gegenüber, deren Anteil 65 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht. Die Steuereinnahmen (aus dem Öl-Sektor) trugen 2008 noch 43 Prozent zum BIP bei. Die Dynamik des Wirtschaftswachstums gerät durch diese Schocks ins Wanken. Die durchschnittliche jährliche reale Änderungsrate des BIP betrug im Zeitraum 2008-2016 nur noch 2,7 Prozent. 2015 stagnierte die Wirtschaft fast vollständig (Änderungsrate von 0,9 Prozent) und 2016 wurde eine Rezession von geschätzten -3,6 Prozent verzeichnet. Die Staatsfinanzen konnten diese negativen Auswirkungen selbstverständlich nicht abfangen und das kumulierte Haushaltsdefizit 2013-2016 liegt bei 15,5 Prozent des BIP. Infolgedessen könnte die Gesamtverschuldung (einschließlich der staatlichen Unternehmen) etwa 70 Prozent des BIP erreichen.

Wenig vorausschauende Wirtschaftspolitik

Der negative Kreislauf des Erdöls ist nur eine Erklärung, aber keine Rechtfertigung für die unzureichenden öffentlichen Einnahmen Angolas. Er ist nur einer der Faktoren, die wichtigeren dürften eher im Bereich der öffentlichen Politik liegen, die in allen Sektoren meistens reaktiv und adaptiv und nur selten antizipierend und vorausschauend ist.

Die starke Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung belegt, dass bei einem geringeren Einfluss des Öls auf die nationale Ökonomie die öffentlichen Finanzen keine alternativen Quellen für Steuereinnahmen haben, von denen einige – zum Beispiel die Zolltarife – wirkliche Hemmschuhe für eine Diversifizierung des Exports sind. Eine Veränderung der Exportstruktur des Landes und die Erschließung neuer Märkte wären reale Anreize für das Wachstum des Nicht-Öl-Sektors, der durch die geringe Größe des Binnenmarktes und durch seine niedrige Wettbewerbsfähigkeit geknebelt ist. Im Nicht-Öl-Sektor sollte nach Alternativen zu den Öleinnahmen gesucht werden – und zwar unter vernünftigen Bedingungen, damit die Steuereffizienz gestärkt wird und makrofinanzielle Phänomene wie die Laffer-Kurve vermieden werden. Man hat den Eindruck, dass sich im Erdölsektor das von dem amerikanischen Nationalökonomen Arthur Laffer beschriebene Phänomen (Wachsende Steuereinnahmen bei steigendem Steuersatz, nach Erreichen eines Maximums sinken sie wieder und nehmen die Form eines umgekehrten „U“ an; d.R.) bereits zeigt. Ausländische Unternehmen haben wiederholt über die extrem hohe Besteuerung ihrer Tätigkeiten geklagt; und das Steueraufkommen nimmt ab, da durch die steuerlichen Fehlanreize und Benachteiligung die Produktion verringert wird.

In den Steuerbilanzen der Regierung ist deutlich zu erkennen, dass keine neuen Steuereinnahmequellen geschaffen oder bestehende gestärkt werden können, wenn dies mit einigen haushaltspolitischen Zielen unvereinbar ist (zum Beispiel vergrößern mehr öffentliche Ausgaben auch im sozialen Bereich, deren Rendite man nicht kennt, sowie in Bauprojekten das Defizit und bestimmen den Anstieg der Staatsverschuldung). Diese Situation potenziert sich durch eine konservative Währungspolitik zugunsten der Erhaltung der Preisstabilität.

STEUERAUFKOMMEN (IN % DES BIP)

TITEL	2013	2014	2015	2016
Steuereinnahmen aus dem Öl-Sektor	30,1	23,8	15,4	9,1
Steuereinnahmen aus dem Nicht-Öl-Sektor	8,1	9,1	9,3	9,2
Sozialbeiträge	1,0	0,7	1,2	0,9
Schenkungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Einnahmen	1,0	1,7	1,4	1,4

Quelle: Begründungsbericht zum Staatshaushalt 2017

Die dramatische Finanzlage des Staates – die bereits 2012 ihren Anfang nahm, auch wenn die Tabelle dieses Jahr nicht erfasst – erreichte ihren Höhepunkt 2016, als die Steuereinnahmen aus dem Erdöl nur noch 9,1 Prozent des BIP ausmachten, während ihr Anteil in den glorreichen und goldenen Jahren 2003-2008 bei einem jährlichen Durchschnitt von 32 Prozent lag. Das Drama der chronischen Finanznot des Staates wird dadurch verschärft, dass der relative Anteil der Steuern aus dem Nicht-Öl-Sektor (Unternehmensgewinne, Arbeitseinkommen, Kapitalgewinne, Waren und Dienstleistungen sowie Welthandel) vollkommen unverändert ist.



Schwieriges Jahr 2016

Offenbar bringt die Politik der Importsubstitution nicht die erwarteten und von den Verfechtern einer Abschottung der Volkswirtschaften erhofften Ergebnisse: Die industrielle Produktion sinkt (bestenfalls wächst sie nicht wie geplant) und die Landwirtschaft bleibt unverändert. Nach 2013 verlor das Nicht-Öl-BIP an Schwung und die Wachstumsrate sank von 8,2 Prozent im Jahr 2014 auf 1,2 Prozent im Jahr 2016. Daraus erklärt sich der Stillstand in dem Prozess der Diversifizierung des nationalen Steuersystems und die Unveränderlichkeit des Anteils dieser Steuerkomponente am BIP. Mit einem niedrigen Wachstum in den für die Diversifizierung wichtigen Sektoren und bei den Produktivitätsgewinnen werden sich die Schwierigkeiten des Staates, Finanzmittel zu erhalten, noch verschärfen.

Der relative Anteil der Zolltarife hat sich in den Jahren 2013-2016 bei durchschnittlich einem Prozent eingependelt, was darauf zurückzuführen ist, dass die Importe und Investitionen infolge der Wachstumskrise zurückgegangen sind und der private Konsum (insbesondere bei den ärmeren Familien) abnimmt, als Reaktion auf den durch die hohe Inflation bedingten Kaufkraftverlust.

Ein weiterer wichtiger Aspekt sind die Beiträge zur Sozialversicherung (mit einem durchschnittlichen jährlichen Anteil von 0,95 Prozent am BIP) – woraus man schließen kann, dass sich das Sozialversicherungssystem im Land auf einem niedrigen Niveau befindet. Verschiedene empirische Studien belegen, dass durch die Kombination aus progressiven Steuern und Sozialversicherungssystemen die (wirtschaftlichen und sozialen) Ungleichheiten erheblich reduziert werden und die Armut nachhaltig bekämpft wird.

Das Jahr 2016 war also ein sehr schwieriges Jahr für die staatlichen Finanzen. Nur durch eine Erhöhung der Staatsverschuldung (intern und extern) konnten die – aus Sicht der Regierung – strategisch wichtigsten und wesentlichsten Ausgaben realisiert werden, wenngleich mit kleineren Korrekturen aufgrund der unzureichenden Steuereinnahmen und der daraus resultierenden knappen staatlichen Mittel. Das heißt, man hat sich für eine minimalistische Strategie der Haushaltskorrektur entschieden, mit kleinen Änderungen bei den Staatsausgaben, während die Situation mehr Mut erfordert hätte, den Haushalt an die realen finanziellen Gegebenheiten und Möglichkeiten des Staates anzupassen (Verringerung der Anzahl der Ministerien, Minister und Staatssekretäre, Abschaffung der „Geisterbeamten", Anpassung der Verwaltungsstruktur öffentlicher Institutionen an die tatsächlichen Produktivitätsniveaus).

HAUSHALTSAUSGABEN (IN % DES BIP)

TITEL	2013	2014	2015	2016
Gehälter	9,6	10,6	11,3	9,3
Anschaffung von Waren und Dienstleistungen	10,2	10,0	6,4	5,0
Schuldendienst	0,8	1,2	2,0	2,6
Sozialleistungen	1,7	1,9	2,3	1,2
Öffentliche Investitionen	11,4	12,4	5,8	5,7

Quelle: Begründungsbericht zum Staatshaushalt 2017

Auf der Ausgabenseite verzeichnen alle Positionen einen Abwärtstrend, ausgenommen der Schuldendienst, dessen Anteil am BIP von 0,8 Prozent im Jahr 2013 auf 2,6 Prozent im Jahr 2016 gestiegen ist. Das ist eine unmittelbare Folge der gestiegenen Inlands- und Auslandsverschuldung und auch der Verschlechterung der Bedingungen für neue Kredite. Die Zinssätze auf dem internationalen Finanzmarkt sind erheblich gestiegen, da das angolanische Finanzsystems an Vertrauen und Glaubwürdigkeit verloren hat. Im Inland bietet der Staat Anlegern von Staatsanleihen hohe Zinssätze, um private Ersparnisse anzuziehen. Hinzu kommt, dass die hohe Inflationsrate in den Jahren 2015 und 2016 dazu beigetragen hat, dass die Banken höhere Zinsen verlangen.

Die Gehälter der zivilen und militärischen Staatsbediensteten haben einen Anteil am BIP von durchschnittlich 10,2 Prozent, was nach internationalen Standards hoch ist. Jedoch wurde beim durchschnittlichen Monatsverdienst im öffentlichen Dienst (467.135 zivile und militärische Stellen) 2016 der Wert von 265.000 Kwanza (ca. 1400 Euro) nicht überschritten. Die Komponenten der laufenden Ausgaben (darin enthalten die allgemeinen Betriebskosten der staatlichen Institutionen) haben wirtschaftliche Auswirkungen auf den privaten Konsum, auf die Produktion, die Inflation und auf die Einkommensverteilung. Es ist aber von grundlegender Bedeutung, dass die laufenden Ausgaben an die Produktivitätszuwächse angepasst werden, wenn sich die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen verbessern soll.

Die erhebliche Reduzierung des relativen Anteils der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen lässt offen, ob es eine Verschlechterung der Bedingungen für den Betrieb des Staatsapparates und seiner Dienstleistungen an die Bürger und Unternehmen gegeben hat. Zwischen 2013 und 2016 gingen diese Ausgaben um 31 Prozent zurück.

Die Sozialleistungen, durch die man soziale Ungleichheiten verringern und Chancen ausgleichen kann, machten 2016, nach einer Steigerung von 0,6 Prozentpunkten zwischen 2013 und 2015, im Jahr 2016 nur noch 1,2 Prozent des BIP aus (50 Prozent weniger als 2015). Das verfügbare Einkommen der Familien – das für Spar- (Investitionsfinanzierung) und Konsumzwecke (Wachstumsfaktor) genutzt wird – kann sich durch diesen Rückgang verringern und Armutssituationen verschärfen. Dieser Haushaltstitel ist von 283,2 Mrd. Kwanza in 2015 auf 200,1 Mrd.

Kwanza in 2016 gesunken ist, ein Rückgang von 29,3 Prozent.

Haushaltsdefizite

Schließlich sind die öffentlichen Investitionen eines der bestimmenden Elemente für eine Steigerung des Produktionspotenzials der Wirtschaft. Nach 2014 war die strategische Option der Regierung, das Investitionsniveau aufrechtzuerhalten, um die infrastrukturellen Voraussetzungen für mehr Wirtschaftswachstum zu schaffen. Die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP lag 2015 und 2016 auf dem niedrigsten Stand, bezogen auf den nationalen Konjunkturzyklus 2010-2016, und war im vergangenen Jahr sogar negativ, was nach den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Nationalen Statistikamtes (INE) einer Rezession von 3,6 Prozent gleichkommt. Wie oben bereits angeführt, wählte man angesichts fehlender Einnahmen die Staatsverschuldung als Mittel, um die öffentlichen Investitionen auf einem Niveau zu halten, das minimale Anreize für privatwirtschaftliche Betätigung schafft, sowohl direkt durch die Vergabe von öffentlichen Bauvorhaben als auch indirekt durch die Wirkungen, die solchen Projekten vor- und nachgelagert sind. In der derzeitigen Situation reicht eine Investitionsquote von 5,7 Prozent des BIP nicht aus, um eine Infrastruktur in Angola aufzubauen, die notwendig ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der angolanischen Wirtschaft zu verbessern.

HAUSHALTSDEFIZIT (IN % DES BIP)

TITEL	2013	2014	2015	2016
Gesamtsaldo (Verpflichtung)	0,3	-6,6	-3,3	-5,9
Noch zu zahlende und einzunehmende Beträge	2,7	4,1	1,1	0,0
Gesamtsaldo (Kasse)	3,0	-2,4	-2,2	-5,9
Nettofinanzierung	-2,9	2,5	2,2	5,9

Quelle: Erläuterungen zum Staatshaushalt 2017

Der kumulierte Finanzierungssaldo belief sich 2016 auf -15,5 Prozent des BIP, bezogen auf die Verbindlichkeiten, und auf -7,5 Prozent, bezogen auf die Kasse. Beide Werte sind hoch. Wie sich das auf die Wirtschaft auswirkt, hängt davon ab, ob es sich um negative oder positive Haushaltsdefizite handelt.

Herkulische Herausforderungen

Die zukünftige Finanzplanung wird auch weiterhin in erheblichem Maße vom Ölpreis abhängen. Das Jahr 2016 endete mit einem Preis von durchschnittlich 41,85 US-Dollar pro Barrel. Nachdem der Erdölpreis noch 2017 einige vorübergehende Preisanstiege bis zu 56 US-Dollar erfahren hatte, pendelte sich der Preis neuerlichen Beobachtungen zufolge wieder bei etwa 50 US-Dollar pro Barrel ein. Die Diversifizierung der Steuereinnahmen braucht Zeit und hängt davon ab, wie sich die Wachstumsfähigkeit und die Umwandlung der Wirtschaft entwickeln, die ebenfalls Zeit erfordern. Vor allem aber braucht es eine gute Politik und eine verantwortungsvolle Regierungsführung.

Die Regierung legt normalerweise keine mittelfristigen Finanzplanungen vor, die Begründungsberichte erstrecken sich bestenfalls auf ein zusätzliches Jahr. Eine Finanzprognose für die Jahre 2017-2021 lässt sich aber aus dem letzten Tätigkeitsbericht des internationalen Währungsfonds vom 27. März 2017 entnehmen.

Auch wenn es sich um ein Basisszenario handelt, das normalerweise eine Prognose auf der Grundlage der derzeitigen Bedingungen darstellt, ohne Berücksichtigung von etwaigen Strukturanpassungsmaßnahmen, wird deutlich, dass die zukünftige Finanzlage in Angola enorm schwierig sein wird:

- Der relative Anteil der Steuereinnahmen aus dem Öl-Sektor (von 2017 bis 2021 nahezu gleichbleibend bei 8,6-8,7 Prozent) und der aus dem Nicht-Öl-Sektor (leicht steigende Prognose von 8,2 Prozent 2017 bis 8,7 Prozent 2021) haben sich vollkommen angeglichen. In der Praxis bedeutet dies das Ende des Ölzeitalters in Angola, ohne dass die notwendigen und wichtigen Umwandlungen in den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft, Gewerbe und Energie erfolgt sind. Die Diversifizierung hat somit keine strukturelle Basis, keine Zukunft und keine Konsistenz – vorausgesetzt, dieser Trend setzt sich fort.
- Der Anteil der laufenden Ausgaben am BIP (von 20,4 Prozent 2017 bis 17,4 Prozent 2021) geht zurück, was für gesunde Finanzen des Staates und für eine Erhöhung der Handlungsspielräume für privatwirtschaftliche Initiativen positiv ist. Aber man muss sich mit den sozialen Bereichen, insbesondere mit der Bildung, befassen, denn ihre Quantität und Qualität sind entscheidend für die Wachstumsqualität und ihr Potenzial.
- Es wird eine staatliche Investitionsquote beibehalten, ohne dass das Land über einen Bestand des Anlagevermögens der Volkswirtschaft verfügt.

Angola steht vor herkulischen Herausforderungen, für deren Bewältigung es an Humankapital, finanziellen Mitteln und strategischen Fähigkeiten zur Regierungsführung fehlt. **>> Alves da Rocha**

Der Autor ist Wirtschaftsexperte, Professor und Leiter des Forschungs- und Wissenschaftszentrum an der Angolanischen Katholischen Universität in Luanda sowie korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Lissabon.

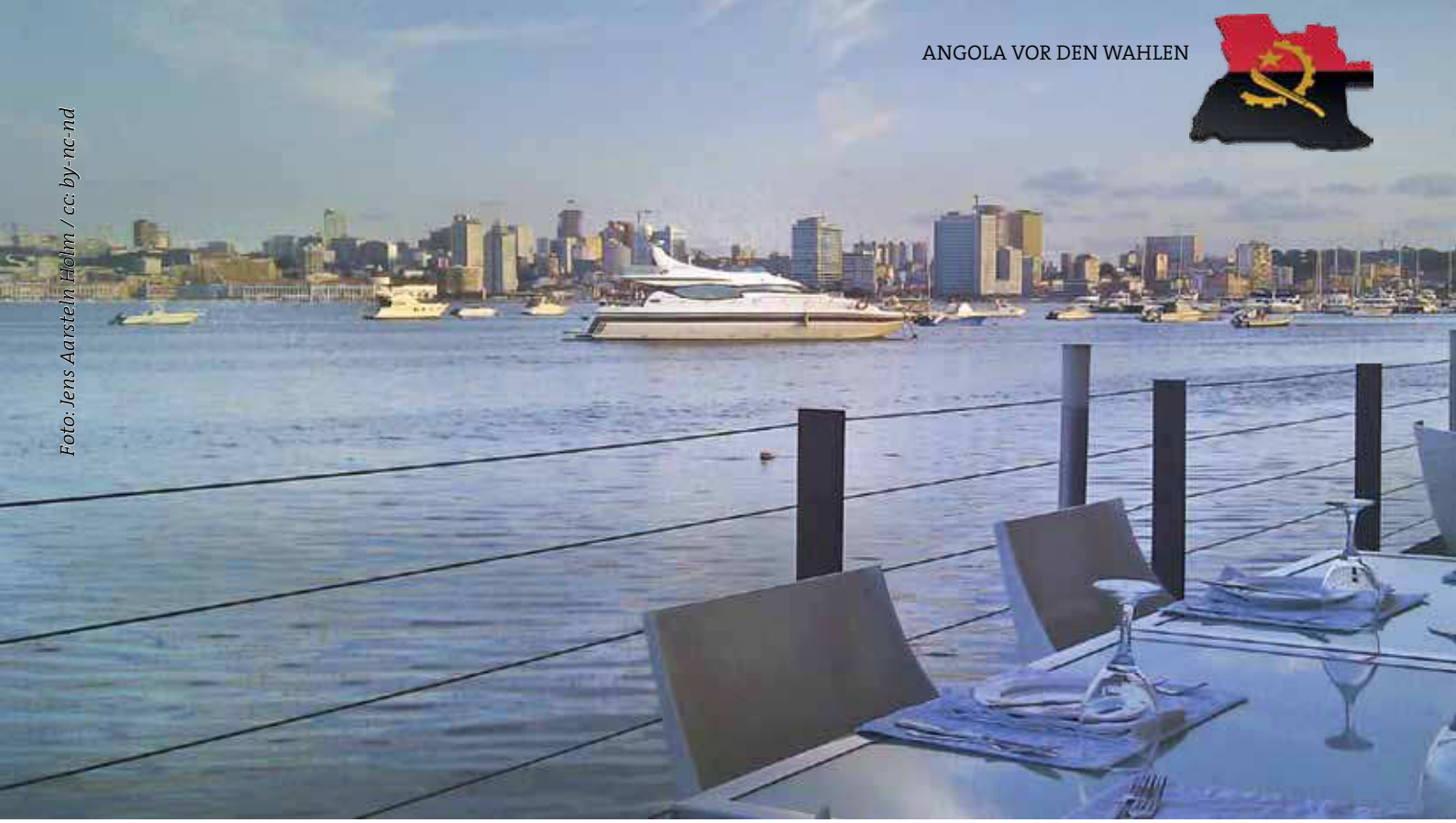


Foto: Jens Aarsteh Holm / cc: by-nc-nd

Gelegenheit macht Diebe

ANGOLAS RENTEN-ÖKONOMIE. „Gelegenheit macht Diebe“ lautet eine uralte Weisheit. Im Falle des in den globalisierten Kapitalismus eingebundenen Angola sind es die im Ausland sich bietenden Gelegenheiten, die zum Verschwindenlassen des größten Teils der Beute führen.

Die Situation: Unter der Patronage und dem Schutz eines Big Man, der seit langen an der Macht ist, und mit Hilfe ihres aus den Exporteinnahmen gewonnenen Reichtums sichern sich die Mitglieder der angolanischen Elite ihre Privilegien mit eigennützigen Geschäften. Sie plündern den Reichtum des Landes und schaffen ihn ins Ausland. Innerhalb wie außerhalb des Gesetzes eignen sie sich Land und Immobilien an und organisieren für sich und ihre Komplizen kommerzielle Monopole. Der Staat subventioniert ihren Lebensstil und gewährt ihnen vorrangigen Zugang zu Gesundheit, Schulbildung und anderen Dienstleistungen. Dabei zeigen sie keine Hemmung, ihren Status-quo mit offener und verdeckter Repression aufrechtzuerhalten.

Gilt das für das heutige Angola? Ja, und doch beschreibt es auch das Angola von gestern, besonders in den 1950er- und 60er Jahren, den letzten Dekaden der portugiesischen Kolonialzeit. Natürlich ist die Situation 2017 in vielerlei Hinsicht anders. So war Angolas Kolonialwirtschaft weit diverser. Sie produzierte den Großteil der eigenen Nahrungsmittel und sogar viele Gebrauchsgüter. Im Vergleich zu anderen Ökonomien südlich der Sahara hatte sie ein großes lohnabhängiges Proletariat, viele afrikanische Farmer nutzten fortschrittliche technische Anbaumethoden. Im postkolonialen Angola sind solche sozialen Kategorien weitgehend in sich zusammengebrochen, dafür schritten eine umfassende Urbanisierung, allgemeine Alphabetisierung und der Ausbau der Kommunikationssystemen voran. Dennoch haben Institutionen, Praktiken und Haltungen, die denen in der Kolonialzeit gleichen, im heutigen Angola überlebt. Schlechte Regierungsführung und Korruption sind nun mal nichts Neues und betreffen keinesfalls nur Angola.

Potemkisches Dorf

Äußerlich betrachtet erfüllt Angola viele Standard-Kriterien von „guter Regierungsführung“. Die Verfassung gewährt jeder Bürgerin und jedem Bürger „Rechte und fundamentale Freiheiten“ und schreibt zwei oberste Gerichte vor. Es gibt einen Rechnungshof und andere Gremien der Gewaltenteilung wie den nationalen Ombudsmann. Die Regierung erlaubt und finanziert sogar etliche Oppositionsparteien, die ihre Sitze im Parlament durch wenn auch ungleiche Wahlkämpfe errungen haben. Insofern scheint Angola die formalen Kriterien eines modernen demokratischen Rechtsstaats zu erfüllen. In Wirklichkeit aber handelt es sich in den meisten Fällen um Scheininstitutionen, um Bühnen für verordnete Rituale. Natürlich ist nicht alles symbolisch, aber die meisten Prozesse dienen dazu, ein verdecktes System zu legitimieren und zu stabilisieren, von dem die Mächtigen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes profitieren.

Betrügerische extraktive Geschäfte von hochrangigen Politikern, ihren Familien und privaten Unternehmen werden regelmäßig in journalistischen Beiträgen wie wissenschaftlichen Abhandlungen zum postkolonialen Angola thematisiert. Die Berichte sind so zahlreich, dass sie kaum noch schockieren. Dennoch haben viele hart dafür gearbeitet und sind große Risiken eingegangen, um ihre Recherchen an die Öffentlichkeit und vor Gericht zu bringen. Unabhängige politische Persönlichkeiten Angolas wie Filomeno Vieira Lopes, unerschrockene Journalisten wie Raphael Marques, erfahrene Akademiker wie Ricardo Soares de Oliveira und Aktivisten zu Hause und in der angolanischen Diaspora haben alle dazu beigetragen, das öffentliche Bewusstsein zu schärfen.

Die Kenntnisse über Machenschaften häufen sich trotz Gesetzen zur Kriminalisierung der Informationsfreiheit, Androhungen von Strafverfolgung und Strafprozessen. Mit großangelegten Werbekampagnen unter Einbeziehung gut bezahlter PR-Firmen und

globaler Medienunternehmen versucht die Führung solche Erkenntnisse zu verschleiern. Repression und gezielte Imagekampagnen mögen einige beeinflussen, sie dürften aber die Mehrheit derer kaum überzeugen, die regelmäßig vergleichende Bewertungen der politischen Leistung Angolas lesen. Jedes Jahr legen die Bertelsmann-Stiftung, das Electoral Integrity Project der Hanns-Seidel-Stiftung und Transparency International Angolas Rang in Bezug auf saubere und effektive Regierungsführung fest. Bewertungen, die wie der Mo Ibrahim Index of African Governance als weniger eurozentristisch gesehen werden, verwenden ähnliche Verfahren. Auf diesen Skalen ist Angola zwar nie am hinteren Ende zu finden, aber seine Noten sind notorisch schlecht.

Bewertungen und Schönfärberei

Die meisten Index-Ersteller und andere Beobachter richten ihren Fokus auf die territoriale Ebene, vor allem auf Luanda. Sie stellen Korruption, fehlende Transparenz und Autokratie fest und kontrastieren den opulenten Lebensstil der angolanischen Eliten mit dem Elend der Armen. Für das Versagen, den Wohlstand auf eine breite Basis zu stellen, hat Angola kein Alleinstellungsanspruch, aber es steht im Gegensatz zu Ländern wie Äthiopien und Ruanda, deren autokratische Regierungen trotz spärlich vorhandener natürlicher Ressourcen einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern Sozialleistungen gebracht haben.

Auf globaler Bühne steht Angolas Leistung am Pranger, allerdings nicht bei jedem. In der Tat wird es auf den für transnationale Investoren und Freie-Markt-Apologeten aufgestellten Ranglisten nicht schlecht bewertet. Es punktet gut bei „Unternehmensfreiheit", ein ideologisch aufgeladenes Konzept, das vom „Index of Economic Freedom" der Heritage Foundation und des Wall Street Journal propagiert wird. Nach diesen unternehmerfreundlichen Begriffen hat sich Angolas Leistung seit 2005 verbessert und liegt ab 2017 über dem Durchschnitt für Afrika südlich der Sahara. Seine Steuerpolitik bekommt eine bessere Bewertung (d.h., sie ist vorteilhafter für Menschen mit hohem Einkommen und für Firmen) als die meisten anderen Ländern südlich der Sahara, während es sich bei der Frage der Nichteinmischung in den Finanzsektor durch die Regierung und deren Achtung der Eigentumsrechte dem Sub-Sahara-Durchschnitt annähert.

Bei all diesen negativen und positiven Bewertungen neigen die westlichen Eliten eher zum Positiven. Sie spielen Kritik runter und werten Angolas Fortschritte in Richtung demokratische Praxis, Respekt für Menschenrechte und Transparenz auf. Implizite Unterstützung für das angolanische Regime geht bisweilen mit negativen oder herablassenden Bemerkungen über die Kritik von NRO und Medien am Regime einher. In westlichen Diplomatenkreisen kann man schon mal die Aussgae vernehmen, die Wahrnehmung der Korruption durch Außenstehende gehe an der angolanischen Realität vorbei. Mitarbeiter von Bretton Wood-Institutionen haben die Vorstellung als unnötig abgetan, die Transparenz der Öleinnahmen



„Das Volk ist nicht verantwortlich für die Inflation", Foto: Omunga



Karikatur von Sergio Piçarra: Wie Isabel dos Santos Portugal gekauft hat.

könne verbessert werden, wenn Angola der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) beitritt.

Krokodilstränen

Kurz gesagt, die politischen und geschäftlichen Eliten des Westens mögen sich öffentlich über die angolanische Korruption und das Versagen, breiten Wohlstand zu liefern, mokieren, aber in der Regel belassen sie es dabei und halten den Ball lieber flach. Prominente Persönlichkeiten aus westlichen Hochschulen, Banken und dem Showbusiness haben mit Luanda Deals zum beiderseitigen Vorteil geschlossen. Lobgesänge sind zu hören, wenn hochrangige westliche Politiker nach Luanda kommen (darunter US-Außenministerin Hillary Clinton im Jahr 2009, Bundeskanzlerin Angela Merkel 2011 und der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier 2014), wenn Treffen zu militärstrategischen Fragen stattfinden (routinemäßig überschattet von korrupten Verkäufen von Rüstung, Flugzeugen und Schiffen) und wenn für Luandas Politiker in Washington, Berlin, Davos und an anderen Orten, in denen sich Eliten aus Wirtschaft und Politik einfinden, Sondertreffen organisiert werden.

Hinter den euphorischen Tönen verbirgt sich das Interesse der angolanischen Eliten, ihre Petrodollars zu recyceln. Die Lieferanten von Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland haben hart dafür gearbeitet, die sprudelnden Geldquellen aus gegenwärtigen oder zukünftigen Öl- und Gasverkäufen in Angola anzuzapfen. Sie verneinen nicht, dass sich Angolas Wirtschaft irgendwann diversifizieren muss, aber sie ziehen es vor, wenn diese weiterhin ihre gewohnte Rolle einnimmt: Exporteur von fossilen Brennstoffen und Kapitalüberschüssen und Importeur von Konsumgütern (einschließlich Nahrungsmitteln) und von Investitionsgütern.

Für die Dienstleistungen stürzen sich die Behörden „auf alle möglichen Berater und Auftragnehmer, die mit Ölgeld gekauft werden können", schreibt Ricardo Soares de Oliveira. Das führe zu einer „Beratungskultur" – ein sehr lukratives Geschäft, das durch Sub-Investition in Angolas eigenes Volk am Leben erhalten wird. Um ihren Anteil an Angolas jährlichem Markt im Wert von 15-20 Milliarden US-Dollar zu erhalten, nutzen die Lieferanten faire wie faule Mittel. Damit wollen sie diejenigen beeinflussen, die Entscheidungen darüber treffen, was und von wem importiert wird. Anleihen- und Kreditgeber erheben ihren Anspruch auf zukünftige Petrodollars über Schulden.

Der Zehn-Prozent-Schnitt

Zuverlässige Informationen über Mittelabflüsse aus Angola sind spärlich. Das verwundert nicht weiter, fließen doch die meisten Gelder legal oder illegal in Steuerparadiese im Ausland, auf die Cayman-Inseln, Niederländische Antillen, nach London und in die Schweiz, deren oberstes Verkaufsgesetz Geheimhaltung ist. Legionen von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und Staatsbeamten in den nordatlantischen Staaten haben seit Jahrzehnten daran gearbeitet, günstige nationale und internationale Regeln, Rechtssysteme und öffentliche Zuschüsse zu kreieren, die Chancen und mächtige Anreize schaffen, Renteneinnahmen in private Hände zu lenken – und damit weg vom Nutzen für die Öffentlichkeit.

Recherchen über Gelder, die in geheime Steuerparadiese im Ausland fließen, zeigen, dass etwa acht Prozent der routinemäßigen Öl-Renten und etwa 15 Prozent der Öl-Renten aus unerwarteten hohen Gewinnen (plötzlicher Ölpreisanstieg) regelmäßig das durchschnittliche erdölexportierende Land verlassen. Renten sind finanzielle Vorteile, die über normale Profite hinausgehen, der Überschuss über den regulären Wert, der in einem „freien" oder völlig wettbewerbsorientierten Markt realisiert würde. Daher ist die Annahme plausibel, dass etwa zehn Prozent von Angolas Ölreichtum regelmäßig geplündert werden und dem Land verloren gehen.

Die gesamte Kapitalflucht aus Angola wird nach Angaben des ICIJ (The International Consortium of Investigative Journalists) für den Zeitraum von 2002 bis 2015 auf fast 200 Mrd. US-Dollar geschätzt. Das entspricht jährlich 13,5 Mrd. US-Dollar. Der bekannte Ökonom John Weeks hat die Hypothese aufgestellt, dass Angolas Wirtschaftsleistung ohne die Kapitalflucht im Zeitraum 1980-2010 eine Wachstumsrate von 8,3 Prozent aufgewiesen hätte; stattdessen lag sie bei 4,6 Prozent. In den Jahren danach sank das Wirtschaftswachstum weiter. Die Kosten für Angolaner – geraubte Perspektiven auf ein gesünderes, erfüllteres und produktiveres Leben – sind kaum berechenbar, aber zweifelsohne enorm.

Wohin fließt das Geld?

Die genauen Zielorte der flüchtigen Öl-Renten bleiben gut gehütete Geheimnisse. Die lockeren Kontrollen und Rechtsmittel zu Kapitalströmen, die vornehmlich in den nordatlantischen Demokratien gepflegt

werden, bilden die Architektur der Gelegenheit für Angolas Eliten. Zu diesen Architekten gehörten führende Politiker im heutigen Europa. Etwa Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU. In seiner Zeit als Außenminister der Niederlande hat er die niederländischen Finanzdienstleistungen für Geschäftsleute, die ihre Beute im Ausland verstecken wollten, robust verteidigt. Oder nehmen wir den derzeitigen EU-Präsidenten Jean-Claude Juncker. Als höchster verantwortlicher Politiker Luxemburgs hat er die politische Ökonomie seines Landes zu einer der weltweit führenden Steueroasen und einem Hoheitsgebiet für Bankengeheimnis etabliert. Andere hochrangige europäische Führungskräfte, vor allem aus dem Finanzsektor, haben auch ihren Teil beigetragen – manchmal in direkter Zusammenarbeit mit angolanischen Eliten.

Trotz der auf höchster Ebene geschützten Geheimnisse sickern Informationen raus. Wenn zum Beispiel Isabel dos Santos, gemeinhin als reichste Geschäftsfrau Afrikas bezeichnet, Unternehmen in Portugal oder anderswo aufkauft, kann sie regelmäßig auf niederländische Finanzvermittler bauen, sogenannte Briefkastenfirmen, gefördert und geschützt durch niederländisches Recht. Auf der Grundlage seiner jahrelangen Forschung zu Angola schreibt der britische Investigativjournalist Nicholas Shaxson: „Viele Milliarden sind im Ausland verschwunden über undurchsichtige Öl-gedeckte Kredite, die außerhalb der normalen Staatshaushalte kanalisiert werden – viele von ihnen durch zwei spezielle Trusts, die aus London heraus operieren." Nicht umsonst hat der italienische Mafia-Experte und Gomorra-Autor Roberto Saviano das Vereinigte Königreich als „das korrupteste Land der Welt" bezeichnet, obwohl es sich auf dem schmutzigen Markt für geheime Finanzdienstleistungen starker Konkurrenz aus den USA, Luxemburg und sogar Deutschland gegenüber sieht.

Die rechtlichen und technische Möglichkeiten, öffentliche Gelder abzuschöpfen, zu lagern und auszugeben, bieten den angolanische Eliten – aber auch den Eliten im Ausland – mächtige Anreize. Über diese und andere Wege, von Immobilien- zu Waffengeschäften, landet Angolas Reichtum in den Händen reicher Interessen im Ausland, wo er wenig, wenn überhaupt einem öffentlichen Zweck dient. Ergebnisse in der Entwicklung hängen im Wesentlichen von Anreizen für die Eliten ab. Anreize, die im Ausland entstehen, drücken Angolas Entwicklung in eine Richtung, die kaum nachhaltiger ist als die Kolonialordnung.

Was kann getan werden?

Zu Beginn der postkolonialen Periode gelobte die MPLA, „den Bedürfnissen der Massen des Volkes zu dienen". 37 Jahre später fand dieses Bestreben seinen Widerhall, als die gleiche Partei versprach, „mehr zu wachsen und besser zu verteilen". Diese Slogans beziehen sich auf gültige und vernünftige Ziele, die zu erreichen aber eindeutig Hindernisse auf nationaler Ebene im Weg stehen. Schlechte Regierungsführung und Korruption auf diesen Ebenen sind allerdings nicht die einzigen und zuvordersten Bereiche, die radikale Reformen erfordern. Die heutige, in Zusammenarbeit mit westlichen politischen Klassen betriebene kapitalistische Ordnung wird zunehmend in einer Weise umgesetzt, die den Reichtum nach oben verteilt. Wie in der Kolonialzeit werden heute Fragen, wer was, wann und wie bekommt, nicht nur in Luanda innerhalb der nationalen politischen Klasse, sondern auch in den Finanz- und Politik-Hauptstädten der westlichen Demokratien geregelt. Es ist vor allem dort, unter der nachsichtigen Aufsicht der EU-Staats- und Regierungschefs, der deutschen Zentralbanker und höheren Betreibern der Wall Street, dass sich eine ständige und wachsende Gelegenheit für Diebstahl bietet.

Wenn die Angolanerinnen und Angolaner eine Chance haben, mit ihrer Politik aufzuräumen und eine inklusive und bedarfsgesteuerte politische Ökonomie zu schaffen, werden sich die Opportunitätssysteme und daraus resultierende Anreize ändern müssen. Diese Veränderungen werden nicht leicht umzusetzen sein angesichts der Macht des Finanzsektors im westlichen Kapitalismus über den Großteil der politischen Klasse in Europa und Nordamerika. Doch einige investigative Journalisten, Kämpfer für Steuergerechtigkeit, Lobbyisten gegen Firmenübernahmen, Akademiker und andere stemmen sich seit längerem gegen die Manipulationsmechanismen, mit denen Macht und Reichtum nach oben umverteilt werden. Gepaart mit den Bemühungen emanzipatorischer sozialer Bewegungen und der sich beschleunigenden Abkehr von fossilen Brennstoffen und ihren riesigen öffentlichen Subventionen kreieren sie einen neuen Kontext für alle, die mit Angola und seiner Zukunft zu tun haben.

>> David Sogge

Der Autor ist seit 1970 als unabhängiger Forscher zu Afrika mit Schwerpunkt Angola und Südafrika tätig. Er ist mit dem Transnational Institute in Amsterdam assoziiert und hat für den norwegischen Think-Tank Noref über fragile Staaten und die öffentliche Kontrolle über transnationale Kapitalabflüsse geforscht.

Zur Schau gestellter Luxus



US-Filmstar Will Smith staunte nicht schlecht: Wow, so ein junger Käufer mit einem so großen Portemonnaie, wow! Die Begeisterung galt Eduane Danilo Lemos dos Santos, Sohn von Angolas Präsident José Eduardo dos Santos. Gerade hatte der jüngste Spross des Autokraten auf einer Gala der US-Stiftung für Aids-Forschung (amfAR) während des Filmfestivals im südfranzösischen Cannes eine Luxusuhr im Wert von 500.000 Euro ersteigert. Die anwesenden Stars und Sternchen aus Show-Business und Unterhaltung waren ebenso aus dem Häuschen wie Will Smith, der als Co-Moderator an der Gala vom 25. Mai 2017 mitwirkte. Die US-Stiftung bedankte sich später schriftlich bei dem Präsidentensohn und gratulierte für seine Teilnahme an der Auktion. Danilo dos Santos fühlte sich geehrt, ahnte jedoch nicht, welche Welle der Empörung die Luxus-Auktion zuhause in Angola auslösen würde.

Die angolanischen Netzaktivisten und -aktivistinnen, die „Frustrierten Angolas" – wie Danilos Vater sie einst abfällig nannte – beobachten nämlich mit Argusaugen sämtliche Veröffentlichungen und Fotos im Internet über die Mitglieder der Präsidentenfamilie, insbesondere über die Eskapaden der Töchter und Söhne. So stöberte eine Netzaktivistin das Foto der Gala, auf dem sich Danilo dos Santos nach seiner erfolgreichen Ersteigerung inmitten von Hollywood-Größen feiern lässt, in den sozialen Medien auf. Die Netzaktivistin, die mit dem Präsidentensohn auf Facebook verbunden ist, tat ihren Zorn über dessen Luxus-Auktion mit der Veröffentlichung eines Protestbriefs kund.

Die damit ausgelöste Welle der Empörung schwappte von der virtuellen Welt hinaus ins reale Leben und platzte in alle Haushalte, in denen es seit jeher weder Internet noch Strom, weder Trinkwasser noch Medikamente oder eine ausreichende Gesundheitsversorgung gibt. Der Dos-Santos-Sohn beteuerte, er habe „nicht beabsichtigt, damit Schaden anzurichten", doch seine Entschuldigung im Netz mobilisierte erst recht die Öffentlichkeit gegen ihn und seine Familienangehörigen.

Eduane Danilo Lemos ist nicht das einzige Mitglied der Präsidentenfamilie, das öffentlich sein Vermögen zur Schau stellt. Auch seine älteste Schwester Isabel dos Santos rühmt sich gerne ihrer Spendengroßzügigkeit gegenüber dieser US-Aids-Stiftung. Nach Stiftungs-Angaben gehört sie gemeinsam mit ihrem Ehemann aus der DR Kongo zu den Großspendern der US-Stiftung. Während Isabel dos Santos und ihr jüngster Bruder Eduane sich mit der Extravaganz in Cannes und mit Großspenden an solche VIP-Charity-Organisationen die Freundschaft von Hollywood-Größen, Sport- und Musikstars aus den USA erkaufen, klagen angolanische Organisationen über fehlendes Geld zur Finanzierung ihrer Projekte im Kampf gegen Aids sowie zur Unterstützung von Aids-Kranken im eigenen Land.

Der US-Stiftung amfAR in New York schien es auf Nachfrage, was an der Meldung über die Ersteigerung der 500.000-US-Dollar-Luxusuhr dran sei, peinlich zu sein, so in der Öffentlichkeit dazustehen. Das hätte sie vorher wissen müssen. Isabel dos Santos etwa ist ja nicht als Tochter eines der „korruptesten Präsidenten der Welt" berühmt geworden, sondern weil sie 2013 vom US-Magazin Forbes zur ersten Milliardärin Afrikas erkoren wurde.

Wie die Töchter, Söhne, Neffen, Nichten, Cousins und selbst die Mätressen und Ex-Ehefrauen des Dos-Santos-Clans zu ihrem unglaublichen Vermögen kamen, davon können die Angolanerinnen und Angolaner nur allzu gut ein Lied singen: Durch Nichtstun und Ausplünderung der Erdöl- und Diamanteneinnahmen Angolas. So protzten Isabel dos Santos und ihr Ehemann 2016 in Monaco mit ihrer im Wert von 35 Mio. US-Dollar erworbenen 50 Meter langen Luxusyacht Hayken. Mit dem Geld könnte vielen Menschen geholfen werden, die in den vier angolanischen Südprovinzen wegen lang anhaltender Dürre infolge des Klimawandels und fehlender Maßnahmen seitens der Regierung vom Hungertod bedroht sind. Jetzt musste die Europäische Union mit 65 Mio. Euro zur Überwindung dieser Katastrophe beisteuern.

Geld stinkt nicht, heißt es gerne: Deshalb sind die Despotentöchter und -söhne Angolas in Boulevard-Kreisen Europas und der USA herzlich willkommen. Sie tanzen mit allen, was sie in digitalen Medien wie Instagram, Facebook oder Twitter auch unverhohlen posten: Mal sieht man Isabel dos Santos mit Hollywood-Größen wie Samuel Jackson oder US-Football-Stars wie Magic Johnson, mal posiert sie nach teuren Konzerten in Luanda mit Pop-Stars aus dem Show-Business: Mariah Carey steckte im Dezember 2014 über eine Mio. US-Dollar Gage ein; und Rapp-Star Nicki Minaj verdoppelte für ihren Kurzauftritt von knapp einer Stunde noch einmal auf zwei Mio. US-Dollar. Gewinnbringende Bekanntschaften für die Präsidententöchter und -söhne, aber daheim spüren sie mit ihrem Vater den Volkszorn, der sich langsam zur Gewalt gegen diese Familie und die „Partei der Situation", so die regierende MPLA im Volksmund, umzuwandeln droht.

Just an dem Tag, als der kurze Video-Ausschnitt über die Ersteigerung der „500.000-US-Dollar-Luxusuhr" mit dem feiernden Eduane Danilo dos Santos auf Facebook veröffentlicht wurde, ging die Bevölkerung in einem Vorort der angolanischen Hauptstadt Luanda auf ein lokales Bezirksbüro der MPLA los und plünderte es. Bürogeräte wurden entwendet oder zerstört – aus Wut vor so viel Extravaganz und Arroganz. Zu lange haben die Angolanerinnen und Angolaner zusehen müssen, wie die Mitglieder der Präsidentenfamilie den Staat komplett ausgeraubt, Geld straffrei im Ausland gewaschen und das Volk zuhause haben sterben lassen. Bei so großem Volkszorn von Cabinda bis Cunene möge Gott Angola vor weiteren Gewaltszenen bewahren und die Justiz nach dem Abtritt von dos Santos vielleicht das organisierte Wirtschaftsverbrechen seiner 38 Jahre Regierungszeit endlich aufarbeiten lassen. **>> Emanuel Matondo**



Foto: UN Women/Carlos Ngeleka/cc: by-nc-nd

Angola mischt im Kongo mit

DIE DR KONGO ALS HÖCHSTE AUSSENPOLITISCHE PRIORITÄT DES NEUEN PRÄSIDENTEN ANGOLAS. Nach den Parlamentswahlen im August 2017 wird Angola erstmals seit 1979 ein neuer Präsident vorstehen. Dies ist ein entscheidender Moment. In Anbetracht der 38 Jahre währenden Amtszeit des scheidenden Präsidenten José Eduardo dos Santos gibt es fieberhafte Spekulationen darüber, welche Prioritäten die neue Präsidentschaft haben wird. Ein Politikwechsel ist sehr wahrscheinlich, was einen deutlicheren Fokus auf der Diversifizierung der Wirtschaft, etwas weniger präsidiale Dominanz bei Entscheidungsfindungen und ein Überdenken der Außenpolitik einschließen dürfte.

Gestützt von vier strategischen Partnern – China, den USA, Brasilien und Portugal – hat Angola seit Ende des Bürgerkrieges im Jahr 2002 eine stringente Außenpolitik betrieben. Der Beitrag der strategischen Partner ließ aber zu wünschen übrig und war in den vergangenen zehn Jahren von Hochs und Tiefs geprägt. Die Vereinigten Staaten haben große Anstrengungen unternommen, um die bilateralen Verbindungen zu Angola verbessern, und waren bemüht, im außenpolitischen Bereich Schnittmengen in den Themenfeldern zu finden, die für Luanda wesentlich waren – an erster Stelle Stabilität in der Demokratischen Republik Kongo. Es ist von entscheidender strategischer Bedeutung für Angola, wie sich die Verhältnisse in der DR Kongo entwickeln. Und Luanda investiert deutlich mehr in strategische Überlegungen hinsichtlich des Kongo als die meisten Nachbarstaaten. Was die DR Kongo betrifft, ist Angola ein wesentlicher Akteur. Sonderbeauftragte für den Kongo und die Great Lakes-Region, Oppositionspolitiker und kongolesische Würdenträger kommen regelmäßig nach Luanda.

Angolas starkes Interesse an der DR Kongo reicht weit zurück. Es hat seine Wurzeln im Unabhängigkeitskampf und der Politik des Kalten Krieges, als die CIA und der Kleptokrat Mobutu Sese Seko aus Zaire die Kampagne der FNLA (Frente Nacional de Libertação de Angola) unterstützten, um Luanda einzunehmen. Mobutus Macht schwand mit dem Ende des Kalten Krieges und Angola schloss sich gemeinsam mit vielen benachbarten Staaten der Region einer Rebellenkoalition unter Führung von Laurent-Désiré Kabila an, die Mobutu 1997 seines Amtes enthob.

Eine weitere militärische Intervention Angolas in der DR Kongo erfolgte 1998; dieses Mal, um die neue Post-Mobutu-Administration zu stärken, die mit einer von Ruanda und Uganda unterstützten Rebellion konfrontiert war. Angola sah die Gefahr, dass im Fall der Machtübernahme durch die Rebellen im Kongo diese die angolanische Unita-Bewegung unterstützen würden. Außerdem ging es Angola auch darum, seinen Einflussbereich vor ruandischen Übergriffen zu schützen. Das angolanische Militär bewies, dass mit ihm zu rechnen war. Die Soldaten kreisten die ruandischen Truppen ein, die einen Rebellenvorstoß auf Kinshasa unterstützten (und gestatteten ihnen nach Vermittlung durch die USA sicheren Abzug). Für eine Weile war Angola de facto die Autorität im südwestlichen Kongo. Angola war auch ein wichtiger Unterstützer für Joseph Kabila, der nach dem Attentat auf seinen Vater im Jahr 2001 das Präsidentenamt übernommen hatte. Im Kontext der Wahlen 2006 wurden angolanische Truppen nach Kinshasa entsandt, um Kabilas Bodyguards zu helfen, dem Ex-Rebellen Jean-Pierre Bemba nahestehende Kämpfer zu besiegen.

Kabila kann nicht mehr auf Luanda setzen

Heute ist eine stabile DR Kongo das entscheidende politische Ziel Luandas. Und Angola hat sich als wichtigster externer Player in Kinshasas Spitzenpolitik in Position gebracht. Der Vorsitz von Präsident dos Santos bei der Internationalen Konferenz der Große Seen (ICGLR) zur Beendigung der bewaffneten Konflikte im Ostkongo und den Anrainerstaaten und anderen in Luanda abgehaltenen Gipfeln demonstriert das fortwährende angolanische Engagement.

Allerdings kann eine Unterstützung Kabilas nicht weiter vorausgesetzt werden. Luandas Position gegenüber der Politik Kinshasas hat sich im Laufe dieses Jahres 2017 gewandelt. Während bisher ein Aussetzen der Wahlen in der DR Kongo als stabilisierender Faktor angesehen wurde, beurteilt Luanda einen weiteren Aufschub der Wahlen durch Joseph Kabila als langfristig destabilisierend. Kabilas Mandat endete offiziell im Dezember 2016 und die Verfassung erlaubt gegenwärtig keine dritte Amtszeit. Daher signalisiert Luanda zunehmend, weitere Verzögerungen seien nicht angezeigt.

Angola hat seine Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2015 und 2016 dazu genutzt, sein Missfallen durch die Unterstützung härterer Resolutionen gegen die DR Kongo zu unterstreichen. Außerdem wurden militärische Ausbilder im Dezember 2016 aus



dem Kongo abgezogen. Sowohl die generelle als auch die diplomatische Haltung bestehen zusehends auf der Abhaltung von Neuwahlen.

Das Ausmaß der Besorgnis zeigen nicht nur die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, sondern auch die Tweets von Sindika Dokolo, einem kongolesischen Geschäftsmann und Kunstsammler, der mit Isabel dos Santos, der Tochter des angolanischen Präsidenten, verheiratet ist. Im Juni nutzte Dokolo Twitter, um Präsident Kabila mit Mobutu zu vergleichen, und sagte gegenüber Reuters: „Wir unterschätzen die Kapazitäten des Kongo, die ganze Region zu destabilisieren." Und: „Wir hantieren mit Streichhölzern unmittelbar neben einem Fass voller Sprengsätze und das besorgt mich sehr."

Derartige Bemerkungen sind völlig undenkbar ohne die Autorisierung der angolanischen Präsidentschaft und lassen Rückschlüsse darauf zu, wie besorgt Luanda darüber ist, was sich möglicherweise im Nachbarland entwickeln könnte, falls diese politische Malaise weiter geht.

Die aktuelle Krise in der kongolesischen Kasai-Region unterstreicht für Luanda die Dringlichkeit, Antworten auf die sich verschlechternde politische Situation in der DR Kongo zu finden. Seit April sind mehr als 31.000 Flüchtlinge aus der DR Kongo nach Angola gekommen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und die angolanische Regierung prognostizieren mehr als 50.000 Flüchtlinge für die nächste Zeit. Der Druck auf die angolanischen Offiziellen wächst. Die Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen in Angola sind unterfinanziert, bereits überbelegt und haben Schwierigkeiten, Neuankömmlinge unterzubringen. Das UNHCR fordert 6,5 Mio. US-Dollar für schnelle Hilfe.

Kongo-Politik wird neu bewertet

Nach den angolanischen Wahlen Ende August wird Luanda seine strategischen Optionen hinsichtlich der DR Kongo neu bewerten. Die Langmut bezüglich der 16-jährigen Amtszeit Kabilas ist vorbei und Luanda ist zum Schluss gekommen, dass Kabila zunehmend die Kontrolle über sein Land verliert. Die Kasai-Region ist nur eine von vielen, in der Kinshasas Autorität kaum zählt. Als Angola in den 1990er- und 2000er-Jahren eingriff, um die Kabila-Administration zu stärken, bestanden gemeinsame angolanische und kongolesische Interessen. Der damalige Armeechef João de Matos gab zu Protokoll, dass diese Intervention sowohl „dem Schutz der legitimen Regierung der DR Kongo" als auch „der Wahrung der angolanischen Interessen" diente. Diese Schnittmenge existiert nun nicht mehr.

Sollte sich die politische Elite der DR Kongo nicht bald auf eine zuverlässige und friedliche Machtübergabe einigen, riskiert sie fortschreitende Instabilität und Verunsicherung. Die UN wird ihre Friedensmission zurückfahren, westliche Geldgeber zeigen Ermüdungserscheinungen und je näher die Ablösung in Kinshasa rückt, werden die benachbarten Staaten zunehmend unruhig. Seit dem Sturz von Mobutu Sese Seko, der einen Krieg auslöste, in den etliche Nachbarn, darunter auch Angola, hineingezogen wurden, sind genau zwanzig Jahre vergangen.

Die Furcht, diese Geschichte könnte sich wiederholen, macht die DR Kongo zur Priorität auf der außenpolitischen Agenda des neuen Präsidenten Angolas. Dessen Optionen reichen von deutlichen Worten bis hin zu direktem Vorgehen gegen Kabila. Kinshasa ist sich bewusst, dass man sich auf Kollisionskurs zu Luanda befindet. Kabilas Außenminister betreibt bereits Pendeldiplomatie in Afrika, um Unterstützung für Kabila einzuwerben. Das Ergebnis sind einige gemeinsame Erklärungen, die Einmischungen von außen kritisieren. Unbestätigten Berichten zufolge nähert sich Kinshasa nun Ruanda an, was einen neuerlichen Kollisionskurs mit Angola bedeuten kann. Kongolesische Oppositionspolitiker wie beispielsweise Moïse Katumbi, der Luanda im Juni seine Aufwartung machte und in der Folge von Sindika Dokolo gepriesen wurde, suchen ihrerseits die Unterstützung Angolas.

Angola managt seine eigene Übergangsphase und ist wegen seiner aufgrund sinkender Ölpreise geschwächten Wirtschaft nicht geneigt, eine überstürzte militärische Intervention in der DR Kongo durchzuführen. Aber die Geschichte zeigt: Angola wird unabhängig von seinen wirtschaftlichen Verhältnissen dann ein direktes Vorgehen in Kinshasa erwägen, wenn die eigene Sicherheit langfristig gefährdet erscheint. Angolas Entgegnung auf die Politik der DR Kongo wird die erste wichtige politische Entscheidung des neuen Präsidenten von Angola sein. Die Kabila-Administration ignoriert die Sichtweise Luandas und geht damit ein Risiko ein.

>> Alex Vines

Der Autor ist Direktor des Afrika-Programms am Chatham House, the Royal Institute of International Affairs, in London und Senior Lecturer an der Coventry University.



Foto: IFRC/cc: by-nc-nd

Von gesund kaum die Rede

DAS GESUNDHEITSSYSTEM IN ANGOLA IST KOLLABIERT. Der Streit um Zahlen und Statistiken über die hohe Kindersterblichkeitsrate kann über das Scheitern der Regierung im Gesundheitssektor nicht hinwegtäuschen.

Was wissen wir über Kindersterblichkeitsrate in Angola? Das fragte die private angolanische Wochenzeitung Novo Jornal in ihrer Ausgabe vom 30. Juni 2017, die sich diesem Thema und dem gescheiterten Gesundheitssystem des Landes widmete. Der Gesundheitssektor Angolas, insbesondere die Kinder- und Müttersterblichkeitsrate, beschäftigt immer wieder Experten aus dem In- und Ausland und bleibt ein hochsensibles Thema. Jedes Jahr veröffentlichen die internationalen UN-Sonderorganisationen dazu Daten, welche die Regierung in Luanda dazu veranlassen, ihrerseits abweichende Statistiken zu verbreiten. Damit versucht sie der Weltöffentlichkeit weiszumachen, wie gut es mit dem Gesundheitssektor in Angola bestellt sei.

Diese Art von stillem Streit um die Zahlen zum Gesundheitssystem, zu Ärzten, Krankenschwestern, vorhandenen Kliniken, Krankenhäusern und und und wird seit jeher gepflegt. Das Thema beschäftigt auch die Menschen in Angola, allerdings mit großer Sorge, denn es hat sich nichts geändert und wird sich aller Voraussicht nach auch nichts ändern. Mit João Lourenço, dem designierten Nachfolger von Präsident dos Santos, der noch bis zum 27. Juni 2017 Verteidigungsminister Angolas war und dann für das Rennen um das Präsidentenamt freigestellt wurde, wird es kaum besser aussehen. In den letzten 12 Monaten hatte Lourenço so viele Rüstungsaufträge und -einkäufe für Angola überall auf der Welt getätigt, dass man den Eindruck hatte, Angola befände sich noch im Krieg oder würde sich auf einen neuen vorbereiten.

Sinkende Sozialausgaben

Die angolanische Regierung gibt weit mehr für Rüstung, öffentliche Sicherheit (Polizei, Sondereinheiten), Verteidigung und die Unterhaltung ihrer 100.000 Truppen starken Streitkräfte (nicht gezählt die Angehörigen von Geheimdiensten und Milizen) aus als für Gesundheit und Bildung. „Seit 1991 bleiben die Ausgaben der angolanischen Regierung für Verteidigung und Sicherheit höher als die Investitionen in den sozialen Sektor“, bestätigte der Wirtschaftsexperte und Journalist Carlos Rosado de Carvalho in einem Interview mit der Deutschen Welle am 16.8.2016.

Im Haushaltsjahr 2016 waren nur 5,31 Prozent (ca. 2,3 Mrd. Euro) für Gesundheit vorgesehen. Für Verteidigung wurden jedoch ca. 13 Prozent veranschlagt, in etwa die gleiche Summe, die für Bildung und Gesundheit zusammen ausgegeben wurden. Der für das Haushaltsjahr 2017 verabschiedete Etat sieht eine erhebliche Steigerung der Investitionsausgaben für Verteidigung und Sicherheit vor; sie liegen bei ca. 20 Prozent – ohne die Präsidentengarde von 17.000 Mann. Für Gesundheit (4,4 Prozent) und Bildung (6,6 Prozent) reicht es zusammen lediglich für 11 Prozent. Für soziale Sicherheit sind weitere 5 Prozent veranschlagt. Inflationsbereinigt (sie lag im Vorjahr bei 15,8 Prozent) bedeutet das eine massive Kürzung der sozialen Ausgaben.

„Nur um eine Vorstellung zu haben: Die internationalen Vorgaben besagen, dass für Bildung 20 Prozent und für Gesundheit 15 Prozent des Staatshaushalts ausgewiesen werden sollten“, erinnert de Carvalho an die Abuja-Erklärung von 2001, die auch Angola unterzeichnet hat. Danach müsste Luanda seine sozialen Ausgaben eigentlich verdreifachen. Wenn man sich, wie die NRO OPSA (Observatório Político Social de Angola), die Mühe macht, die einzelnen Daten genauer anzusehen, dann bleibt als erschreckende Erkenntnis, dass in der Basisgesundheitsversorgung sogar noch massiver gekürzt wird: Für Ambulanzdienste, die Anschaffung von medizinischen Geräten oder die Qualitätssteigerung von Gesundheitsdiensten stehen bis zu 93 Prozent weniger Mittel zur Verfügung als bisher. Eine Steigerung gibt es dagegen bei Spezialdiensten in Hospitälern, in Mütterzentren und immerhin um 61 Prozent



bei Programmen zur Verbesserung der Mütter-Kind-Gesundheit.

„Haushalt der Repression“

„Weil kein Geld da ist – und das wenige, was vorhanden ist, in erster Linie der öffentlichen Verschuldung sowie Verteidigung und Sicherheit gewidmet wird (zusammen etwa 66 Prozent des Staatshaushaltes) –, ist es normal, dass jeder Einnahmeausfall die Einstellung von Investitionen in vitale Sektoren (wie Infrastruktur) bedeutet“, schrieb der Verfassungsrechtler Rui Verde in Maka Angola (22. November 2016). Bereits ein Jahr zuvor bezeichnete er Angolas Staatsbudget als „Haushalt der Repression“: „In den staatlichen Haushalten befindet sich ein einfacher Begriff: Repression.“ (1.12.2015)

„Haushalt?“, fragt auch die unabhängige Wochenzeitung Folha 8 in ihrer Online-Ausgabe vom 16. November 2016 ironisch bezüglich des Haushalts 2017: „A repressão continua, a vitória é certa“ – „Die Repression geht weiter, der Sieg ist gewiss“, heißt es dort in Anspielung auf den Kampfesspruch der MPLA aus Zeiten des Befreiungskampfs. In der Ära nach dos Santos wird sich nur etwas ändern können, wenn eine andere Regierung als die MPLA an die Macht käme.

Der angolanische Finanzminister begegnete Kritikern mit dem Argument, die Steigerung der Militär- und Polizeiausgaben sei wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise gerechtfertigt. Diese könne zu hoher Kriminalität im Land führen. Dass jedoch die soziale Misere und extreme Armut mit hoher Kindersterblichkeit wegen fehlender Medikamente und Infrastruktur zu mehr Spannungen und Kriminalität führt, fällt nicht in die Bewertung der Regierenden. Gerade der Militärsektor ist es, der am stärksten von Korruption befallen ist: Bei den in den letzten Jahren getätigten Rüstungsaufträgen wie bei Einkäufen von militärischen Kriegs- sowie polizeilichen Repressionsmaterialien sind erhebliche Schmiergelder an angolanische und ausländische Entscheidungsträger jeglicher politische Couleur geflossen – teilweise unter Aushandlung fiktiver Verträge zur illegalen Selbstbereicherung.

Massive Kindersterblichkeit

In der eingangs erwähnten Juni-Ausgabe des Novo Jornal versucht der Autor und Arzt Dr. Luis Bernardino anhand der Problematik der anhaltenden hohen Kindersterblichkeitsrate in Angola, die Realität im Dos Santos-Land zu erklären. Er schreibt: „Die Kindersterblichkeit ist eines der größten Probleme, mit denen wir in Angola konfrontiert sind“, und vergleicht die offiziellen Angaben mit denen von Unicef: Laut den im August 2016 vom Nationalen Statistikamt (Instituto Nacional de Angola, INE) veröffentlichten Daten aus einer Regierungsstudie, die landesweit vom 20. Juli bis 14. August 2015 durchgeführt wurde, liege die Kindersterblichkeit unter fünf Jahren bei 68 pro 1.000 Lebendgeburten. „Das steht im flagranten Gegensatz zu Daten im ‚State of the worlds‘ children 2016‘-Bericht von Unicef, aus denen für das Jahr 2015 eine Kindersterblichkeitsrate von 157 pro 1.000 Lebendgeburten hervorgeht.“ Die von Unicef als höchste Kindersterblichkeitsrate der Welt veröffentlichte Angabe reduzierte sich also laut Regierungsangaben für das gleiche Jahr um 57 Prozent auf 68/1.000. „Die für Angola in diesem Zusammenhang zwischen 1990 und 2015 veröffentlichten Daten variieren von 225 (1990) bis 157 (2015). Gerade im Jahr 2015 wurde Angola auf die Liste der Länder weltweit gesetzt, welche die Millenniumsentwicklungsziele nicht erreicht haben. Danach hätte die Kindersterblichkeitsrate im gleichen Jahr auf ein Drittel des Wertes von 1991 reduziert werden müssen.“ Dafür hätte Angola auf eine Rate von 75/1000 kommen müssen. Nach den vom Statistikamt veröffentlichten Regierungsangaben hätte Angola seine Verpflichtungen nicht nur erfüllt, sondern sogar übertroffen, resümiert Dr. Bernardino.

Wie lässt sich das erklären? Es gehe um die angewandte Methodik zur Durchführung solcher Studien, schreibt der Arzt. Auch wenn beide, Unicef und die angolanische Regierung, die gleiche u.a. von der Weltgesundheitsorganisation WHO empfohlene Methodik MICS (Multiples Indicators Cluster Survey) anwenden würden, fielen die Ergebnisse jedoch sehr unterschiedlich aus. Dies habe mit der mangelnden Infrastruktur in den meisten sogenannten Dritte-Welt-Ländern zu tun, wo kaum Geburten am ersten Tag registriert werden und keine Statistiken über Todesfälle erfasst werden. Und zu dieser Ländergruppe gehört auch Angola, so der Autor. Es bleibt also viel Raum für Spekulation und beschönigende Angaben.

Gesundheitssystem ist kollabiert

Lässt man diesen unergiebigen Streit um Zahlen und Statistiken, mit denen die angolanische Regierung ihr Image nach Außen aufpolieren will, außer Acht und beschäftigt sich mit dem aktuellen Zustand des gesamten Gesundheitssystems, lässt sich nur eines schlussfolgern: Das angolanische Gesundheitssystem ist längst kollabiert. Was sich in den angolanischen Krankenhäusern abspielt, auf den Bildern davon, ist wie eine reale Darbietung vor den Toren zur Hölle, noch auf Erden. In der Pädiatrie, den Kinderabteilungen, müssen sich zwei kleine Patienten eingepfercht ein Bett teilen. Kinder, die kein Bett erhalten, müssen mit ihren Müttern oder Vätern auf dem Fußboden schlafen. Damit infizieren sie sich noch zusätzlich mit weiteren Krankheiten oder stecken sich gegenseitig ein.

Solche Bilder sind in den Provinzen Angolas allgegenwärtig und lassen einem die Sprache verschlagen. Allerdings sterben Angolas Kinder nicht nur aufgrund des unterfinanzierten und vernachlässigten Ge-



Foto: Ana Sofia Guerreirinho/cc: by-nd

sundheitssystems massenhaft, sondern ganz allgemein wegen einer fehlenden Sozialpolitik seitens der Regierung. Sie hat keine konkreten Maßnahmen zur Beseitigung von Armut, geschweige denn nachhaltige Strategien zur Bekämpfung von Unterernährung bei Kindern entwickelt. Die Programme stehen allenfalls auf Papier, das zwecks Propaganda präsentiert wird.

Eines hat die Regierungsstudie „IIMS 2015-2016" des Nationalen Statistikamts zumindest eingestanden: „Etwa 38 Prozent der angolanischen Kinder leiden unter chronischer Unterernährung, mit einer höheren Inzidenz in den ländlichen Gebieten – in der Provinz Bié mit der höchsten Rate von 51 Prozent der Fälle und in der Provinz Cabinda der niedrigsten von 22 Prozent. Insgesamt sind eine Million Kinder unter fünf Jahren in Angola von Unterernährung betroffen, weil vielen Familien das Geld fehlt, sich und ihre Angehörigen angemessen zu ernähren. Tausende Kinder sterben davon."

In mehreren Provinzen sind 2016 viele Kinder in dieser Altersgruppe der Unterernährung zum Opfer gefallen, nämlich in Uíge in 17 von 148 registrierten Fällen, in Huambo in 98 von 1.195 Fällen. Noch alarmierender ist die Situation in Bié, Moxico, Cunene, Huíla und Luanda mit jeweils mehr als 300 Toten bei über 4.000 registrierten Fällen. In den drei Südprovinzen und einer Ostprovinz Angolas spielt auch die anhaltende Dürre eine große Rolle. Dort fehlen seit über fünf Jahren jegliche Maßnahmen seitens der Regierung zur Ernährungssicherheit. Dazu kommen noch andere aus dieser Situation resultierende Krankheiten, die das Überleben in Angola schwerer machen, nicht nur für Kinder: Tuberkulose, Malaria, HIV/Aids, Cholera, Schlafkrankheit etc. Das Massensterben der Kinder Angolas findet, je weiter sie von der Hauptstadt Luanda entfernt wohnen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne ausländische Kameras statt.

Versagen von Staat und Regierung

Weil die Regierung bei der Bekämpfung dieser Krankheiten versagt oder zumindest überfordert ist, greifen ihre „strategische Partner" ein und stellen schließlich humanitäre Nothilfe zur Verfügung. Dies tat zum Beispiel die US-Regierung am 17. Mai 2017 mit der Bereitstellung von 63 Mio. US Dollar für ein fünfjähriges Programm gegen Malaria und Aids, während Angolas Elite zugleich Milliarden Gelder für teure Kriegsgeräte verschwenden darf. „Für Mitglieder der angolanischen Regierung gibt es so etwas wie ein Recht auf Stehlen", schrieb Folha 8 in einem Kommentar über Hungertod und Unterernährung in Angola, verursacht durch institutionalisierte Korruption.

Es ist schlichtweg ein Skandal, dass so viele Menschen im angolanischen Gesundheitssystem zum Sterben verurteilt sind, weil es in den Krankenhäusern oder Gesundheitszentren kein Strom gibt oder dieser während der Behandlung unerwartet ausfällt, sodass das Personal die Versorgung der Patienten einstellen muss. So ein Fall ereignete sich z.B. am 25. April 2017 im angolanischen Institut für Krebsuntersuchung (Instituto Angolano de Controlo do Cancro), wo die Behandlung mit Röntgen und Chemotherapie schließlich eingestellt wurde aufgrund der Pannen beim Betrieb der Aggregate. Diese rührten von den monatelangen Schwankungen durch andauernde Stromausfälle in der Hauptstadt Luanda her. Das Krebsuntersuchungsinstitut musste danach warten, bis ein Reparatur-Team kommen konnte, um wenigstens die Krebspatienten zu behandeln, zumindest diejenigen, die überlebt haben. Auch das ist Angola.

Mitglieder der angolanischen Regierung kennen die Lage, aber sie tun trotzdem wenig. Angesichts dieser dramatischen Situation im Gesundheitssektor kann man nicht umhin, von „grober Fahrlässigkeit" zu reden. Ein interner Bericht des Gesundheitsministeriums zur Situationsanalyse über den Zustand des Gesundheitssystems, erstellt am 31. Oktober 2016 für den Chef des Zivilbüros des Präsidialamtes und irrtümlich ins Internet gestellt – unter dem schönen Titel „Contribuição do Sector Saúde para o Plano Nacional de Desenvolvimento 2018-2022" –, ist nichts anderes als ein Eingeständnis vom Scheitern der staatlichen Institutionen für diesen lebenswichtigen Sektor jeder modernen Gesellschaft und eines gut funktionierenden Staates im 21. Jahrhundert. Die Mängelliste in diesem Bericht ist so lang, dass man auf eine Aufzählung verzichten kann. Die ganze Bilanz der 42 Jahre Regierung unter der MPLA und von 38 Jahren Alleinherrschaft unter José Eduardo dos Santos fällt im Gesundheitssektor ebenso wie im Bildungssektor negativ aus. Das hat schwerwiegende Folgen auf künftige Generationen von Angolanern und Angolanerinnen und die Entwicklung des Landes.

>> Emanuel Matondo



Wegweisendes Urteil

DAS ANGOLANISCHE VERFASSUNGSGERICHT HAT DAS NRO-GESETZ GEKIPPT: Das Präsidentendekret aus dem Jahr 2015, das die Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen in Angola einschränkt, verstößt nach einem Urteil des Verfassungsgerichts vom 11. Juli 2017 gegen die Verfassung des Landes – ein Sieg für die Zivilgesellschaft.

Die angolanische Zivilgesellschaft kann aufatmen: Das Verfassungsgericht hat das Präsidentendekret 74/15 vom 23. März 2015 – allgemein als NRO-Gesetz bezeichnet – zu Fall gebracht. Menschenrechtsaktivisten und zivilgesellschaftliche Gruppen feierten das Urteil als Sieg und bedankten sich bei ihren internationalen Freunden und Partnerorganisationen für „die breite Unterstützung während der juristischen Auseinandersetzung".

„Das ist einmalig in der jüngsten Geschichte Angolas: Das Verfassungsgericht stellt sich klar und deutlich gegen den Präsidenten José Eduardo dos Santos und liest ihm bezüglich der Deutung der Landesverfassung die Leviten", schreibt der kritische Journalist und Anwalt William Tonet, Herausgeber der unabhängigen Wochenzeitung Folha 8.

Überwachung statt Förderung

Im März 2015 hatte dos Santos das Dekret 74/15 erlassen, das die Aktivitäten von nationalen und internationalen NRO in Angola einschränkt. Parallel dazu ließ er am 13. April 2015 das zweite Dekret 80/15 folgen. Es definiert den Status eines neuen Instituts, das sich wohlfeil „Institut zur Förderung und Koordinierung der Hilfe für Gemeinden" (Instituto de Promoção e Coordenação da Ajuda ás Comunidades, IPROCAC) nennt. Es ist dem angolanischen Ministerium für soziale Wiedereingliederung und Hilfe unterstellt und soll die Tätigkeiten der NRO in Angola begleiten und kontrollieren. Nach Ansicht von Juristen ist dieses Institut nichts anders als ein Überwachungsorgan und weit davon entfernt, eine Hilfsstelle zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements zu sein.

Insbesondere ausländische NRO müssen sich nach dem restriktiven Dekret 74/15 drei Mal registrieren lassen, was sie davon abhalten soll, in Angola tätig zu sein. Dos Santos bezeichnete seinen Erlass als neue Anstrengung der Regierung im Kampf gegen internationale Geldwäsche und Terrorismus. Die Parallelen zu Erlassen des russischen oder ägyptischen Präsidenten liegen auf der Hand.

Rote Karte für die Regierung

Nach Inkrafttreten des Dekrets mussten sich alle NRO bis Juni 2015 beim Kontrollorgan IPROCAC gemeldet haben – ein viel zu knappe Frist, die für etliche Organisationen aufgrund der Anforderungen nicht zu schaffen war. Angolanische NRO und Vereine mögen zwar gut etabliert und seit Jahren vom Staat geduldet sein, der legale Status der Gemeinnützigkeit wird ihnen aber verweigert. Der Druck auf sie erhöhte sich, als vielen kritischen NRO im August und September 2015 willkürlich und ohne weitere Erklärungen die Konten bei ihren Hausbanken gesperrt wurden. Personal und Honorarkräfte konnten über Monate nicht entlohnt werden. Manche NRO mussten in den letzten zwei Jahren den Gerichtsweg einschlagen, um zumindest an einen Teil ihrer willkürlich gesperrten Konten herankommen zu können.

Mit den beiden Dekreten ließ dos Santos sozusagen über Nacht die Arbeit der NRO in seinem Reich stoppen. Im Gegensatz dazu bekommen Vereine und Stiftungen staatliche Anerkennung und den Vorzug öffentlicher Subventionen, die von Mitgliedern der Elite gegründet wurden oder deren Mitbegründer der Regierungspartei angehören oder ihr nahestehen. Ein klarer Fall von politischer Diskriminierung – und ein grober Verstoß gegen die angolanische Verfassung, wie sich damals schon Juristen und Aktivisten einig waren. Deshalb klagte der angolanische Anwaltsverband „Ordem dos Advogados de Angola" noch 2015 gegen beide Präsidentendekrete und stellte den Antrag an das Verfassungsgericht, ihre Verfassungsmäßigkeit zu prüfen und sie gegebenenfalls zu annullieren.

Genau diesem Antrag des Anwaltsverbandes hat das Verfassungsgericht in seinem zukunftsweisenden Urteil vom 11. Juli 2017 stattgegeben. Kurz vor seinem Abgang bekommt dos Santos von neun der 10 Richterinnen und Richter die rote Karte gezeigt. Zukünftige Regierungen müssen sich an die Gewaltenteilung halten. Das ist es, was die Zivilgesellschaft jubeln lässt. Im Laufe seiner Regentschaft hat dos Santos selten Respekt vor der Staatsverfassung gezeigt. Das Verfassungsgerichtsurteil 447/2017 mahnt den scheidenden Präsidenten: Das Parlament, die Assembleia Nacional, ist laut Verfassung das einzige gesetzgebende Organ des Landes und nicht das Präsidialamt oder die Exekutive! Die Regierung muss sofortige Maßnahmen einleiten, um die Vereinbarkeit der bestehenden NRO-Gesetze mit der Verfassung wiederherzustellen. Diese Kompetenz obliegt dem Parlament und seinen Abgeordneten.

Außerdem missbilligt das Urteil die Haltung der Machthaber, die Zivilgesellschaft argwöhnisch als staatsfeindlich zu betrachten. Es stellt klar: Die Zivilgesellschaft ist kein Staatsfeind, sie gehört nicht bekämpft, sondern als Kraft für Staatsbildung gefördert und unterstützt. So manche gesellschaftlichen Aufgaben im Staat könne sie übernehmen. Zudem muss nach dem Urteil die Diskriminierung zwischen den NRO als Politik der gesellschaftlichen Spaltung beendet werden. Dies gilt auch für die Hürden bei der Registrierung ausländischer und internationaler NRO, die zum Wohl des Landes in Angola tätig sein wollen.

Die bisherigen NRO-Gesetze gelten noch so lange, bis das neu gewählte Parlament Vorschläge einbringt, die im Einklang mit der Verfassung sind und im Interesse der NRO liegen.

>> Emanuel Matondo

Fantastisch und doch wahr

NEUES BUCH VON JOSÉ EDUARDO AGUALUSA

José Eduardo Agualusa, zweifellos eine der meistbeachteten Stimmen der angolanischen Zivilgesellschaft, nicht wegen seiner Bücher – wie er sagt –, sondern wegen der Interviews, die er aus Anlass dieser Bücher gibt, mischt sich mit seinem jüngsten Buch „A Sociedade dos Sonhadores Involuntários“ (Dt. etwa: Gesellschaft der unfreiwilligen Träumer; Quetzal Editores, Lissabon, Portugal) diesmal direkt in die angolanische Politik ein. Gewidmet ist der Roman den Hungerstreikenden des vergangenen Jahres. Am Ende des Romans, soviel sei verraten, stürzt das System in sich zusammen.

Unfreiwillige Träumer

Nach der Dystopie „Barroco Tropical“ (Deutsch unter gleichem Titel bei A1 2011 erschienen), in der – eingebettet in eine rasante Verfolgungsjagd durch die Abgründe Luandas – das korrupte System analysiert wird, seziert Agualusa nun Träume – der Lebenden und der Toten, wildfremder Menschen, Utopien, Albträume der Vergangenheit und deren Realität heute: Daniel Benchimol (bekannt aus dem soeben auf Deutsch erschienenen Roman „Eine allgemeine Theorie des Vergessens“, C.H. Beck 2017), Journalist und Spezialist für Verschwundenes, träumt von Leuten, die er nicht kennt. Eine angolanische Künstlerin inszeniert Träume, ein brasilianischer Hirnforscher analysiert sie, und Hossy Kaley, ein Hotelbesitzer und früherer Guerillero, taucht in den Träumen anderer auf. Selbst träumt er lange nicht mehr. Und dann kommen die anderen (unfreiwilligen) Träumer, revoltierende Jugendliche, die in ihrem turbulent schlafwandelnden Angola nicht mehr stillhalten wollen und in den Hungerstreik treten.

Ihr fast anrührender, wenngleich lebensgefährlicher Aktionismus reaktiviert Geister der Vergangenheit. Es kommt zum Showdown mit dem System, den Agualusa, der Autor, auf die bewährte Weise im Interview sucht: „Angola ist keine Demokratie“, sagt er, und „ich selbst habe geglaubt, die Mobilisierung [rund um den Hungerstreik von 17 politischen Gefangenen im Jahr 2016] könne eine breitere Demokratisierungsbewegung hervorbringen, aber das ist nicht geschehen.“ Für die Wahlen im August habe er sich nicht registrieren lassen. Er hält sie, wie all die vorhergehenden Wahlen in der „gelenkten Demokratie“ Angola, in der die Massenkommunikationsmittel in der Hand der Regierung und der Regierungspartei nahe stehender Privatleute sind, für eine Farce.

Theorie des Vergessens

In deutscher Sprache ist kürzlich endlich der 2012 auf Portugiesisch veröffentlichte Roman „Eine allgemeine Theorie des Vergessens“ (Teoria Geral do Esquecimento) erschienen. Auch eine großartige Metapher und ein turbulentes Lehrstück in angolanischer (Welt-)Geschichte, für die Agualusa im Juni 2017 den Dublin Award, einen hoch dotierten Literaturpreis, erhalten hat: Eine Frau mauert sich ein. Aus schierer Panik. Sie hat Angst vor offenen Räumen, und um sie herum bricht gerade die Revolution aus. Nachdem sie versehentlich einen Einbrecher erschossen hat, der ihre Wohnung überfallen wollte, zieht sie kurzerhand eine Mauer im Hausflur hoch und verbringt die darauf folgenden 30 Jahre in Isolation. Und je mehr sie sich von der Außenwelt abkapselt – erst fällt das Telefon aus, dann das Radio, schließlich verbrennt sie alle Bücher – desto wahnsinniger und zugleich klarsichtiger wird die Frau.

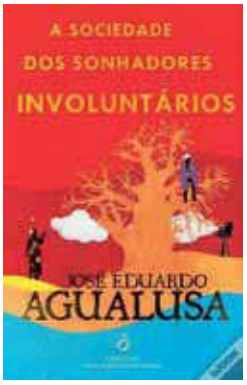
30 Jahre Geschichte ziehen einige Stockwerke unter ihr und um sie herum an ihr vorüber, sie wird zur Beobachterin (durch ein Fenster und von der Dachterrasse aus) und beschränkt sich zunehmend auf das Wesentliche: Überleben. Und wie der Flügelschlag eines Schmetterlings andernorts ein Erdbeben auslösen kann, löst auch ihr Überleben (unter Anderem nutzt sie einen Beutel voller Diamanten, um Vögel anzulocken und zu fangen) im Verlauf der Geschichte so einiges aus, von dem sie erst spät oder nie etwas mitbekommen wird.

Als ein Meister der Verknüpfungen versteht es Agualusa, die Wohnung im obersten Stock eines Luxuswohnhauses der Kolonialzeit, das zwischenzeitlich besetzt wird, auf dessen Balkons Hühner gehalten werden, das akut vom Verfall bedroht, schließlich luxussaniert wird, zum Zentrum eines historischen Romans werden lassen, der sich von Portugal bis in die Weidegebiete der Himba und Mucubal, von der Kolonie über die Revolution, den Staatsstreich von 1977 bis in die postsozialistische Zeit der Geschäftemacher zieht. Und es ist – sonst wäre es kein Agualusa – ein poetisches Traktat über Menschliches und Unmenschliches, voller Turbulenzen, unglaublicher Wahrheiten und Zärtlichkeit.

Wie schon in „Barroco Tropical“ ist Angola hier nur ein verdichtetes Stück (irre Welt). In diesem Fall gibt es außerdem noch einen zweiten Mikrokosmos – die eingemauerte alte Dame, die schließlich halb verhungert wiederum von einem Einbrecher gerettet wird, einem Straßenjungen, der ihr den Weg zurück ins Leben weist. Im Klappentext des deutschen Verlages heißt es: „Eine fantastische und doch ganz und gar wahre Geschichte“. Und auch wenn der Autor sich explizit lieber in Interviews äußert, ein sehr politisches Stück Literatur – genau wie „Barroco Tropical“ oder „Das Lachen des Geckos“ und nun die Gesellschaft der unfreiwilligen Träumer – fantastisch und doch ganz und gar wahr.

>> Michael Kegler

Der Autor ist Übersetzer und Literaturkritiker. Er betreibt das Internetportal novacultura.de.



José Eduardo Agualusa:
A sociedade dos sonhadores involuntários.
Quetzal Editores, Lissabon 2017

Auf deutsch erschienen:
Eine allgemeine Theorie des Vergessens.
C.H. Beck, München 2017
Das Lachen des Geckos. A1 Verlag, 2. Auflage, München 2015
Barroco Tropical. A1 Verlag 2011
Jeweils übersetzt von Michael Kegler

Folha 8
jornalf8.net
desde 1995
mais do que um jornal, a Liberdade
ANGOLA
Die größte unabhängige Zeitung von Angola
WAHRHEIT - UNABHÄNGIGKEIT - FREIHEIT
RadioF8
radiof8.net
/jornalfolha8
/JornalFolha8

ANGOLA-RUNDE DEUTSCHER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Die Angola-Runde deutscher Nichtregierungsorganisationen, die in oder zu Angola tätig sind, hat sich 2008 gegründet, um die Aktivitäten deutscher NRO zu Angola besser zu koordinieren und auf eine solide Informationsbasis zu stellen. Zu den Gründungsmitgliedern und Hauptträgern der Angola-Runde gehören Brot für die Welt und Misereor. Seit 2010 ist die Angola-Runde in der informationsstelle südliches afrika e.V. (issa) in Bonn angesiedelt. Die issa trägt mit ihrer Expertise und ihrer Informationsarbeit wesentlich zur Arbeit der Angola-Runde bei. Die Angola-Runde versteht sich als europaweite Lobbygruppe für die Interessen der angolanischen Zivilgesellschaft.

Die Hauptbetätigungsfelder der Angola-Runde sind Fragen wie Ernährungssicherheit für die angolanische Bevölkerung, Landrechte, soziale und Menschenrechte.

Neben der Organisierung von Seminaren zu diesen Themen wie der Herausgabe eines Dossiers zu deutschen Wirtschaftsinteressen in Angola hat die Angola-Runde in Koordinierung mit Partnerorganisationen aus Angola und Europa wesentlich zur periodischen Überprüfung der Menschenrechtslage Angolas durch den UN-Menschenrechtsrats in Genf (UPR-Prozess) beigetragen. Die Angola-Runde gibt zudem den Email-Newsletter Angola Aktuell (http://www.afrika-sued.org/angolaaktuell/) heraus.

Koordinator der Angola-Runde ist Emanuel Matondo, angolanischer Journalist, Autor und afrika süd-Redaktionsmitglied.

Kontakt: Angola-Runde c/o issa, Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn, Fax: 0228-46 81 77, Email: info@issa-bonn.org

UNESCO-WELTERBE FÜR M'BANZA KONGO

M'banza Kongo, die Hauptstadt des früheren Königreichs Kongo in der heutigen Nordprovinz Angolas, ist zum Unesco-Welterbe erklärt worden.

Am 8. Juli 2017 entschied das Unesco-Welterbekomitee auf seiner 41. Sitzung im polnischen Krakau, die Altstadt von M'Banza Kongo auf der Weltkulturerbe-Liste aufzunehmen.

M'Banza Kongo, Hauptstadt des Königreichs Kongo, Namensgeber der heutigen Nachbarn Kongo-Brazzaville und der Demokratischen Republik Kongo, war zwischen dem 14. und 18. Jahrhundert eines der bedeutendsten Reiche im südlichen und Zentralafrika. Die auf einem 570 Meter hohen Plateau liegende Stadt M'Banza Kongo war das politische und spirituelle Zentrum des Königreichs.

Auf der Berliner Kongo-Konferenz von 1885 wurde die Stadt willkürlich dem heutigem Angola zugeteilt. Das mächtige Königreich selber wurde von den Kolonialmächten zerstückelt und dem Norden Angolas, Kongo-Brazzaville, dem Kongo und Gabun zugewiesen. Mit der Teilung des Königreichs war der Niedergang auch anderer Kaiserreiche und Herrschaftshäuser Afrikas durch militärische Expeditionen der Europäer besiegelt. Der Kontinent war kolonisiert, in den Ruin geführt und seine Entwicklung gestoppt.

Gerade das Königreich Kongo war vor der Begegnung mit dem Westen und Orient schon weit entwickelt, wie historische Dokumente belegen. Es hatte eine gut organisierte Verwaltung, ein dezentrales politisches System und ließ seine Fürsten vom Volk wählen. Das Königreich unterhielt schon früh eine eigene Währung „Nzimbu", eine kleine einheitliche Muschel aus dem Meer, kannte ein Steuersystem und wusste sowohl Eisen als auch Salz zu verarbeiten.

In seiner Begründung hält das Unesco-Komitee fest:

„Wie sonst nirgendwo in Subsahara-Afrika veranschaulicht M'banza Kongo die tiefgreifenden Veränderungen, die die Einführung des Christentums und die Ankunft der Portugiesen in der Region bewirkten."



ALLTAGSLEBEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Carsten ten Brink ist Reisender, Fotograf, Maler und Schriftsteller und beschäftigt sich unter anderem mit den Alltagsleben in Entwicklungsländern. Aus der Straßenfotografie kommend, hat er Bildbände zum Leben in Äthiopien, Ghana und Japan veröffentlicht. Auch in der Malerei befasst er sich mit Menschen in ihrer Umgebung. In afrika süd 4/2017 und dem Wahldossier Angola 2017 sind Fotos von Carsten ten Brink zu sehen auf den Seiten 4, 6 und 40 (Wahldossier Angola) sowie 31 und 32 (afrika süd 4/2017). Mehr Fotos, Bilder und Geschichten auf http://www.carstentenbrink.com/. Wir danken für die freundliche Unterstützung.

